

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
Postleistung nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 16. April. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Dem General-Münzmeister und ersten Münz-Direktor Kandehardt zu Berlin den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Direktor der Breslau-Brieger Fürstenthums-Landschaft, Frhr. v. Saurma-Zelisch auf Sterzendorf im Kreise Namslau, den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem kommissarischen Intendanten des k. Theaters zu Wiesbaden, v. Bezugnolles, dem Geheimen Medizinalrath Professor Dr. Beneke zu Marburg und dem Kreisgerichtssekretär, Kanzleirath Spidemann zu Weisel den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem kgl. belgischen Oberstleutnant Burdin Adjutanten des Grafen von Glandern kgl. hoh. den k. Kronenorden zweiter Klasse, dem Geheimen Medizinalrath Prof. Dr. Heusinger zu Marburg und dem Direktor des landwirthschaftlichen Museums in St. Petersburg, lass. russ. Hofrath v. Eschenbach den königl. Kronenorden vierter Klasse, dem kgl. Konf. v. Bulmerina eß den königl. Kronenorden vierter Klasse, dem Ober-Stabs- und Regimentsarzt Dr. Puhlmann des Garde-Dragons-Regiments das Kreuz der Ritter des k. Hausordens von Hohenzollern und dem Kreisboten Laube zu Ostrowo, im Kreise Adelau, das Allgemeine und dem Kreisboten Laube zu Ostrowo, im Kreise Adelau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen, den bisherigen Regierungs-Präsidenten v. Götz zu Breslau zum Präsidenten der k. Regierung zu Köslin, den erzbischöflichen Offizial und Dekan Haibach zu Dr. Crone zum Ehrendomherrn an der Metropolitankirche in Posen, sowie den Domherren Dr. Bientlewiecz zu Gnesen zum Dompropst und den katholischen Garnisonpfarrer Kraus zu Berlin zum Domherren, letztere beide an der Metropolitankirche in Gnesen, und die Kreisrichter Herder in Liebenwerda, Wachsmuth in Zeitz, Müller in Naumburg a. S., Holz in Erfurt, Manius in Quedlinburg, Vogel in Cölln und Neißig in Naumburg a. S. zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen, den Rechtsanwalten und Notaren Hassenstein in Gumbinnen, Stephan in Delitzsch und Simon in Suhl den Charakter als Justizrath, dem Kreisgerichts-Salarient- und Depositalkassen-Rendanten Melemb in Zeitz und dem Kreisgerichts-Salarient-Kassentendanten Oerberg in Sangerhausen den Charakter als Rechnungs-rath und dem Kreisgerichtssekretär Limprecht in Merseburg den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, 15. April. Das „Dresdener Journal“ demonstriert die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die preußische Regierung das sächsische Postwejen übernommen habe. Ein Anderes, als der Norddeutsche Verfassungsentwurf in dieser Hinsicht bestimmt, sei nicht vereinbart worden.

Paris, 15. April, Nachmittags. Das Journal „Avenir national“ wird wegen Verbreitung falscher Nachrichten über angebliche Rüstungen Frankreichs gerichtlich verfolgt.

## Vom Reichstage.

Wir stehen am Schluss des ersten Reichstags; Dank dem Patriotismus und den gesunden politischen Anschauungen, welche von Anfang an die Mehrheit seiner Mitglieder beherrschten und gestern bei Beginn der Schlussberatung in wahrhaft elakatauer Weise durchbrachen. Nun sage noch Demand, die Liberalen, oder Gothaer, oder Konstitutionellen, oder wie sie sich sonst nennen mögen, seien Doltrinaires, welche an hergebrachten Theorien haften und die That-sachen ignorieren. Welche Reichstagsfraktion hat wohl am meisten den Umständen Rechnung getragen? Waren es nicht gerade die Mittelparteien, die verschrienen Gothaer, die Altliberalen, welche es sich von vornherein zur Gewissenspflicht machten, selbst mit Aufgabe manches Wünschenswerthen, den Moment zur Schaffung einer deutschen Verfassung zu benutzen. Die Doltrinaires finden sich gerade in dem Häuflein der Radikalen, die äußerst verstimmt sind über das Resultat der Reichstagsberatungen.

Die Herren Duncker und Wigard haben es ihrerseits an Nichts fehlen lassen, dieselben zum Scheitern zu bringen oder doch zu verzögern. Der Letztere von beiden ist bekanntlich ein guter Stenograph, und verstand zu Zeiten auch in Dresdner Klubs sich eine gewisse Autorität anzueignen, aber als eine politische Kapacität wollen ihn selbst die sächsischen Blätter nicht anerkennen. Man hat bald genug Ursache gehabt, diese Wahl zu bedauern. Duncker hat wenigstens den Vorzug eines guten Gedächtnisses, das ihn in den Stand setzt, seinen Gegnern Infonsequenzen vorzuführen, und Waldeck, nun, dieser Greis wäre in der That eine parlamentarische Größe, wenn die unselige Eitelkeit nicht wäre, eine Eigenschaft, welche die Radikalen seit 1848 ununterbrochen anzubieten geucht haben.

Das Organ der Partei, die „Volkszeitung“, überbietet in vieler Beziehung seine Herren und Meister. Daß es an übergroßer Bescheidenheit nicht leidet, war wohl längst allgemein bekannt, daß es aber zu einem solchen Grade von Annaufzug und Brutalität gegen politische Gegner aufsteigen konnte, wie sie aus jeder seiner neuesten Nummern hervortritt, hat sich von dem „Organ für Födermann aus dem Volke“ gewiß Niemand versiehen.

Der heutige Leitartikel hebt folgender Maßen an: „Unsere Leser dürfen es glauben, daß es uns zehn Mal widerwärtiger ist, über den Reichstag ein Wort zu schreiben, als ihnen noch ein Wort über dessen Thun und Lassen zu hören.“ Gleichwohl gebietet die unabsehbare! Pflicht (des Schimpfens) selbst unter den niederdrückendsten Wahrnehmungen, die politische Verstimmung nicht Herr über uns werden zu lassen.“ Ob die Verstimmung wohl noch größer sein könnte? Der nächste Satz wird die Frage beantworten. „Wissen wir auch, daß noch nie im deutschen Vaterlande eine politische Versammlung so oberflächlich und so einsichts- und aussichtslos in den Tag hineingearbeitet hat, so müssen wir doch dem Nebel scharf ins Auge sehen und die Verwicklung zeigen, welche sie vor uns hinstellt.“

Also nun wird dem Leser endlich die ganze Weisheit der „Volkszeitung“ offenbar. Man höre und staune: Die Reichstagsverfassung hebt die preußische Verfassung auf, das absolut Nötige verdrängt das Bestehende und Bewährte; „alle Grundlagen verfassungsmäßiger Staats-Gefüze werden, absolut vernichtet.“ Man soll nur den

Unterschied der Entstehung beider Verfassungen betrachten, und dazu die Eingangsformel. Die preußische Verfassung hat der König als Staats-Grundgesetz verkündet, nachdem er sie in Übereinstimmung mit den Kammern eingültig festgestellt.

Die Einleitung der Reichsverfassung, „welche der Reichstag in unglaublicher Oberflächlichkeit auch gar noch unverändert angenommen hat, erzählt als Faktum der Entstehung, daß eine Reihe von Fürsten und Senaten einen und aus eigner Machtvollkommenheit geschlossen und diesem Bunde diese Verfassung gegeben habe!“

Also folgert die „Volkszeitung“, die Fürsten haben's gegeben, die Fürsten können's auch nehmen. Nun, wenn das Geben und Nehmen eine Machtfrage ist, wer steht denn ein für die preußische Verfassung? Ist die Frage nach dem Entstehen, so können wir nicht finden, daß die Reichsverfassung schlechteren Ursprungs ist, als die preußische Staatsverfassung. Diese wurde oktroyirt und revidirt, jene soll, und hoffentlich gelingt es, vereinbart werden. Auf die Formel allein soll es uns dabei nicht ankommen, schon aus dem Grunde nicht, weil wir einen Unterschied statuiren zwischen Staats- und Bundesverfassung, ein Unterschied, welcher der „Volkszeitung“ ganz fremd zu sein scheint.

Was die Furcht angeht, daß die Reichsverfassung die Verfassung der Einzelstaaten in einzelnen Punkten aufhebt, so ist das genauso in vieler Beziehung ein Vortheil für diese Einzelstaaten. Daß dieser aber nicht wesentliche Rechte verloren gehen, dafür wird der vom Reichstag revidierte Entwurf den Einzelleltagen vorgelegt werden, welche ihm das Gepräge zu geben haben, welches die „Volkszeitung“ an der Dezember-Verfassung hervor hebt.

Wir haben des Standpunktes der „Volkszeitung“ hier nur als einer Kuriosität gedacht. Im Volke haben dergleichen Ansichten keinen Anhalt. Das Volk will eine Verfassung für den Norddeutschen Bund, wäre es auch nur ein nothdürftiger Bau, um den Bund zu konstituiren; der weitere Ausbau kann vorbehalten werden. Hätte Deutschland auf die Radikalen gebaut, es wäre dieses Mal im Stich gelassen worden. Mit Wortgefechten ist Deutschland nicht gedient; wir müssten endlich den Nachbarn zeigen, daß wir nicht eine Nation von Idealisten sind, die mit der Gunst der Umstände nichts anzufangen wissen. Der Reichstag zählt viele Intelligenzen und ist ein Reichstag, auf den das vom Könige bei der Eröffnung gesprochene Wort vollkommen paßt, er mußte aber tatsächlich widerlegen, daß deutsche Intelligenz identisch ist mit der Ideologie, welche in den Köpfen der Radikalen spukt.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 15. April. Die Schlussberatung über den Verfassungs-Entwurf hat sich heute bis zum 60. Artikel in einer Schnelligkeit abgewickelt, welche die Reichstagsmitglieder selbst überrascht hat und den Schluss der Arbeiten nicht erst übermorgen, sondern schon morgen, und zwar, wie man meint, nach etwa dreistündiger Debatte herbeiführen wird. Somit dürfte die feierliche Schlusssitzung nicht erst am Donnerstag, sondern schon am Mittwoch erfolgen. Zu einer kurzen Verhandlung werden allerdings noch die Petitionen führen. — Es ist jedenfalls mancher rechi bemerkenswerthe Vorgang zu registrieren. Die Metamorphosen in der Abstimmung über die Diätenfrage geben zu manchem Bedenken Anlaß; indessen ist immerhin der Zug als vorwiegendes Motiv hervorgetreten, das Zustandekommen des Ganzen nicht um eines Punktes willen zu gefährden, der sich später in der einen oder der anderen Weise doch noch ausgleichen lassen wird. Inzwischen ereignete sich ein Vorgang, welcher für den Verlauf der heutigen Sitzung, für die doch sehr beträchtliche Majorität gegen die Diätenbewilligung und wohl für den günstigen Verlauf des Ganzen von entscheidendem Gewicht bleiben dürfte. Man wird sich einer kurzen Rede des Abg. Twisten erinnern, in welcher derselbe betonte, es sei kein Kompromiß zu Stande gekommen, deshalb wolle er keine Zusätze zu den Beschlüssen der Vorberatung. Bald nachher sah man den Grafen Bismarck seinen Platz verlassen und eifrig mit den Herren v. Forckenbeck, v. Beningen, v. Uruh debattieren. Bald bildeten sich um die Genannten lebhafte Gruppen und in der Restauration wurden die Debatten sehr lebhaft. Man erfuhr dann, daß der Ministerpräsident sich über die Behauptung, wonach kein Kompromiß zu Stande gekommen wäre, gewundert und versichert haben sollte, die Regierung sei geneigt in Betreff der Militärfrage auf jenes vermittelnde Amendement der National-Liberale einzugehen, welches ich Ihnen gestern und zwar als einen Durchgangspunkt in den Erörterungen mitgetheilt hatte. Dies veranlaßte einen nicht unbeträchtlichen Theil von Mitgliedern der National-Liberale theils gegen die Diäten zu stimmen, theils — wie Twisten selbst — den Saal zu verlassen oder sich offen der Abstimmung zu enthalten. Nunmehr wird das Amendement, und zwar ausgehend von dem Führer der freien konservativen Vereinigung, Herzog von Ujest, und v. Beningen in folgender Form eingebracht erscheinen: „Dem Art. 62 folgenden Zusatz zu geben: Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beiträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die in Art. 60 interimistisch festgestellte Friedenssprangstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist.“ — Die Herausgabe dieser Summe für das gesamte Bundesheer und dessen Einrichtung wird durch das Statsgesetz festgestellt. Bei der Feststellung des Militär-Ausgabe-Ests wird die, auf Grundlage dieser Verfassung geleglich feststehende Organisation des Bundes-

heeres zu Grunde gelegt.“ — Neben den Beitritt zu diesem Antrage werden sich die Fraktionen noch schlüssig machen, deshalb schloß die Sitzung vor dem Eintritt in die Beratung. Die freie konservative Vereinigung scheint sich durch den schnellen Beitritt dafür revanchieren zu wollen, daß ihr die verwandte Funktion der Rechten mit den von ersterer projektierten Vermittelungsanträgen zuwirkte. Der preußische Landtag soll thathaßlich in den letzten Tagen dieses oder den ersten des nächsten Monats also etwa zwischen dem 29. April u. 4. Mai einberufen werden. Es geht das Gerücht, die Regierung werde eine ausdrückliche Abänderung der preußischen Verfassung in Folge des Inhalts der Bundesverfassung bei dem Landtag beantragen. Möglicherweise, daß eine Majorität dafür gewonnen wird, daß jene Bestimmungen der preußischen Verfassung, welche mit der Bundesverfassung in Widerspruch stehen, ruhen, so lange jene in Kraft ist, daß man sich aber zu einem ausdrücklichen Aufheben dieser Rechte verstehen möchte, ist mindestens unwahrscheinlich; übrigens bleibt die Bewahrung dieser Rechte abzuwarten.

Der heutige „St. Anz.“ enthält einen Allerhöchsten Erlaß vom 13. März 1867, — betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. Mai 1861 zur Deckung der für die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen u. Bevorzugungen zu gewährenden Entschädigung aufzunehmende Staatsanleihe von vorläufig zehn Millionen Thaler.

Die Berliner „Post“ welche in der Luxemburger Frage nur friedlich klingende Nachrichten zuläßt, bringt folgendes Telegramm:

Paris, 14. April, Abends 7 Uhr. Aus offiziellen Kreisen erfährt man als zuverlässig, daß man über ein Arrangement in der luxemburgischen Frage einig geworden: Preußen räumt zunächst Luxemburg (?) (so etwas kann nur aus französisch-offiziellen Kreisen kommen) Holland notifiziert darauf den Vertrag mit Frankreich über die Abtreitung den an den Verträgen von 1839 beteiligten Mächten und diese beschließen dann über das Schicksal Luxemburgs endgültig auf Grund dieser Verträge.

Eine Adresse aus dem Kanton Remich, bedeckt mit 3000 Unterschriften, bittet König Wilhelm III., das Großherzogthum nicht an Frankreich abzutreten.

Oldenburg scheint nicht geneigt, die Einverleibung des Fürstenthums Birkenfeld in Preußen, die von zahlreichen Bewohnern dieser Enclave dringend gewünscht wird, zu begünstigen. Dafür spricht der Umstand, daß das Jubelfest der seit 50 Jahren bestehenden Personalunion dieses Ländchens mit dem Großherzogthum mit einer den gegebenen Kräften entsprechenden Großartigkeit in Scène gesetzt wird. Schon am 20. trifft der Minister v. Berg in Birkenfeld ein, und am 22. wo die offiziellen Feierlichkeiten beginnen, wird der Großherzog persönlich in der Stadt Birkenfeld erscheinen, nachdem er schon am 21. auf dem Schlosse Oberstein eingetroffen sein wird.

In den heutigen königlichen Lazaretten befinden sich gegenwärtig 94 Verwundete aus dem vorjährigen Feldzuge zusammen noch 94 Mann; dieselben vertheilen sich auf die verschiedenen Armee-Korps wie folgt: Vom Garde-Korps 13; vom 1. Armee-Korps 8; vom 2. A.-K. 13; vom 3. A.-K. 23; vom 4. A.-K. 8; vom 5. A.-K. 10; vom 6. A.-K. 8; vom 7. A.-K. Niemand; vom 8. A.-K. 6; vom 9. A.-K. 4; vom 10. A.-K. 1; vom 11. A.-K. Niemand. Verwundete österreichische Kriegsgefangene befinden sich hier noch: Im königl. Garnison-Lazareth 1 Mann und in der Pflege von Privatpersonen 7 Mann. Die in Privatpflege vertheilen sich auf das St. Hedwig's-Krankenhaus und das St. Elisabeth-Krankenhaus.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten zu Dirschau kam zum Vortrage, daß die Beschwerde der königl. Direction der Ostbahn gegen die Höhe der ihr von der Stadt auferlegten Kommunalsteuer pro 1866 durch den Herrn Minister des Innern zurückgewiesen worden sei und dieselbe demnach 1440 Thlr. betrage.

Am 6. Mai findet in Dt. Krone die Wahl des Landrats an Stelle des in's Ministerium des Innern berufenen Grafen Eulenburg unter dem Vorsitz des Ober-Regierungs-Raths Hrn. Schaffrinski statt. Als Kandidat wird bisher nur der Verwalter des Landratsamts, Regierungs-Assessor v. Brauchitsch, genannt.

Danzig, 14. April. Für die Victoria-National-Invaliden-Stiftung zeigt sich hier großes Interesse. Von Dilettantenten wurde eine musikalische Unterhaltung im Artushofe veranstaltet, die einen namhaften Ertrag gegeben hat.

Hannover, 13. April. Der „H. G.“ schreibt: Wir melden bereits, daß der frühere hannoversche Legationsrat Lumé de Luine, der sich nach Wien zu König Georg zu begeben beabsichtigte, polizeilich angehalten wurde. Der Genannte war Träger von nach Wien bestimmten Briefschaften, welche wahrscheinlich Anlaß zu weiteren Schritten der Behörden gegeben haben. So wurde gestern bei dem Kommissar Sengstack eine Haussuchung gehalten und dieser selbst einem längeren polizeilichen Verhör unterzogen. Eine mit Beschlag belegten Schriftstücke u. s. w. wurden demselben am Nachmittage wieder zugestellt, und nur zurückbehalten, was sich auf Ordensverleihungen Seitens des Königs Georg bezog. Veranlassung zu der Maßregel gegen Sengstack, gegen den selbst etwas persönlich Gravierendes nicht vorliegt, soll ein Schreiben gegeben haben, welches S. im Auftrage des Oberhofmarschalls v. Malortie an den Grafen Platen, den früheren Minister des Auswärtigen in Wien, gerichtet hat. Dieses Schreiben führte Lumé de Luine bei sich. — Verhaftet wurde ein junger Forst-Cleve, Keye, Sohn des früheren Hofbüchsenpanzers. Prinz Hermann Solms, der jüngste der Brüder Solms, welcher in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag

**Zusätze**  
1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

von Hamburg kommend, den hiesigen Bahnhof passirte, um sich nach der Marienburg zu begeben; wo er sich hatte vorher melden lassen, wurde hier auf kurze Zeit angehalten, setzte aber alsdann seine Reise nach der Marienburg fort. — Die Besucher der Marienburg haben — wie das „Tageblatt“ meldet — sich in der Regel über den Zweck des Besuchs bei einem der in der Umgegend sich aufhaltenden Genöldarmen auszuweisen.

Die Polizei warnt vor etwaigen Demonstrationen am morgigen Tage, dem Geburtstag der Königin Marie. Namentlich das Flaggen der Häuser oder Illuminiren der Fenster ohne Erlaubniß soll, abgesehen von dem augenblicklichen Einschreiten gegen die Schuldigen, mit Exekutivstrafe von 10 bis 50 Thlr. bestraft werden.

**Hessen.** Mainz, 11. April. Gestern wurden die wegen des Frankfurter Auftritts zu Festungsstrafe verurtheilten Landesmänner ärztlich untersucht, um sie demnächst auf die für sie bestimmte Festung zu transportiren. Unter denselben befinden sich neun, welche lebenslänglich, und drei, welche zu sechs Jahren Festung verurtheilt sind. (M. 3.)

Darmstadt, 12. April. Zur Militärkonvention mit Preußen bemerkte die „Main-Ztg.“: „Der Höchstkommandirende ist der König von Preußen; derselbe ernennt den Divisionär, die übrigen Offiziere hingegen werden von Sr. R. H. dem Großherzog ernannt. Das ganze hessische Kontingent erhält die bündesmäßige Uniform; ebenso wird auch das preußische Exercitum und Reglement eingeführt. Die Regimenter bekommen die fortlaufenden Nummern des Norddeutschen Bundesheeres. Voraussichtlich behalten wir unsere eigene Militärverwaltung. — Dem „Fr. Z.“ wird geschrieben: „Ueber die preußisch-hessische Militärkonvention vernehmen wir noch, daß sie dem Großherzogthum Hessen die Verpflichtung auferlegt, künftig vier Regimenter Infanterie zu drei Bataillonen, zwei Regimenter Dragoner zu fünf Schwadronen (während dieselben bis jetzt nur je vier Schwadronen stark waren) zu stellen und die vier Batterien des Artilleriekörps um eine zu vermehren; dagegen soll das Scharfschützenkorps aufgelöst werden.“

### Großbritannien und Irland.

London, 13. April. Ein Bruch mit Spanien und zwar wegen der Tornado- und Viktoria-Angelegenheit, wird immer ernsthafter in Erwägung gezogen. Lord Stanley, Staatssekretär des Auswärtigen, erklärte gestern auf Befragen: er hoffe, daß es zu keinem Bruche kommen werde. Sollte ein solcher aber unglücklicherweise eintreten, so würde jedes Mittel angewandt werden, um britische Schiffe und britische Unterthanen in Spanien rechtzeitig zu warnen und zu schützen.

### Frankreich.

Paris, 13. April. Die Anwesenheit des Königs der Belgier hier giebt trotz des Inkognitos desselben in politischen Kreisen zu mannißsachen Kombinationen Veranlassung, die, so abenteuerlich sie auf den ersten Blick scheinen, dennoch nicht eines ernsten Hintergrundes entbehren. Mit Bezug auf den gedachten Besuch aus Brüssel taucht plötzlich ein neues Projekt auf, das sich unter speciell englisches Patronat stellt. Es handelt sich darum, das Großherzogthum und die Festung in belgische Hände übergehen zu lassen. Der Depechenverkehr zwischen hier und London wird immer frequenter. Das Kabinett von St. James, dem viel daran gelegen scheint, bei dieser Gelegenheit Russland nicht etwa im Orient frei Hand zu lassen, soll hier Offeren gemacht haben, die für ein enges Zusammensein in der orientalischen Frage die moralische Unterstützung Englands in der luxemburgischen Angelegenheit in Aussicht stellen. Die erste Frucht dieser Annäherung zwischen London und Paris wäre denn der gedachte Vorschlag zu Gunsten Belgiens. Authentisch im Uebrigen ist, daß das Tory-Kabinett sich neuerdings sehr zu Ungunsten der preußischen Auffassung ausgesprochen hat, und wenn man autorisierte Stimmen glauben darf, wäre der innere Grund hiefür in dem Einfluß und der Anwesenheit des Königs von Dänemark in London zu suchen. (Köln. 3.)

— Der „B. H. Z.“ wird von hier geschrieben: Die Unterredung zwischen dem Kaiser und dem König von Belgien hat wohl eine Stunde gedauert. Als der König vom Besuch des Champs de Mars in sein Palais zurückkehrte, war der Kaiser eben angelkommen. Die Begrüßung der beiden Souveräne war herzlich, der Kaiser Napoleon soll mit größerer Wärme im Ausdruck die Unterhaltung geführt haben, als man sonst diesen kalten und schweigsamen Monarchen reden zu hören gewöhnt ist. — Im Kriegsministerium wird unablässig gearbeitet. In Douai werden sechzehn leichte Batterien gebildet, ein Lyoner Haus hat den Auftrag, acht Millionen Geschosse zu liefern, die Lieferanten für Militärtüche beschäftigen alle Fabriken. Ich berichte das nicht, um die Gewissheit

des Krieges zu behaupten; es folgt daraus nur, daß man den Krieg für möglich hält und sich nicht überraschen lassen will.

Unter allen hiesigen Blättern hat sich das „Journal des Débats“ von Anfang an durch eine ruhige Beurtheilung der Sachlage ausgezeichnet; es strebt nach Verständigung und Beruhigung und Aufklärung seiner Leser. Bemerkenswerth ist in dieser Beziehung eine von John Lemoine unterzeichnete Exposition der europäischen Lage in Folge der Luxemburger Händel, worin es heißt: „Die heftige Sprache, welche in Bezug auf Frankreich im Norddeutschen Parlament geführt wurde, ist am Ende nur das Echo und der Wiederhall der Reden, welche in den französischen Kammern gegen Preußen gehalten wurden. Wir finden es sehr natürlich und ganz gerechtfertigt, wenn man von unserer Tribüne herab alle anderen Völker entweder wie Vasallen oder wie Besiegte behandelt, daß man ausspricht, das Interesse Frankreichs erfordere, daß es weder ein Italien noch ein Deutschland gäbe; man wird sogar Senatoren viel Geist und gallisches Salz nachrühmen, die den Wunsch aussprechen, sich als Trommler einzustellen zu lassen bei einer Invasion in England. Wenn aber in andern Parlamenten und in andern Zeitschriften, als die unseres, oder in Ländern, welche einer größeren Freiheit der Schrift und der Rede genießen, als das unsere, Engländer, Italiener oder Deutsche über uns den zwanzigsten Theil von dem sagen, was wir über sie sagen, dann schreien wir über Skandal und sind nahe daran, solche Reden für einen Angriff auf unser Gebiet anzusehen.“ Am Schlusse äußert Lemoine über die luxemburgische Frage, die er als bloßen Zwischenfall betrachtet: „Derartige Angelegenheiten müssen nur unternommen werden, wenn ihr Erfolg gesichert ist, denn sie bringen, falls sie nicht gelingen, mehr Enttäuschung, als sie Vortheil gebracht hätten im Falle des Erfolgs. Es wäre besser gewesen, Luxemburg Luxemburg zu lassen, wenn es nicht französisch werden konnte, noch preußisch, ohne einen großen Krieg, dessen Folgen Niemand voraussehen kann.“

### Italien.

Florenz, 10. April. Ferrara, der mutige Deputirte, der die Last des Finanz-Portefeuilles übernommen, ist Sicilianer und genießt in ganz Italien als finanzieller Fachmann eines guten Rufes. Eine Zeit lang war er der Gehilfe Sella's, für den er die Gelegenheitsfälle über die Besteuerung des Mobilienbestandes und über die Mahlsteuer vorbereitete. Das Deficit beträgt mindestens 250 Millionen. Nimmt man selbst eine Reduktion des Militärbudgets auf 120 Millionen an, so erzielt man dadurch nur eine Ersparung von 25 bis 30 Millionen. In allen anderen Verwaltungswegen kann man mit den äußersten Anstrengungen höchstens noch 10 bis 15 Millionen erübrigen. Die Beamten sind ohnehin schlecht besoldet, und selbst ein Minister erhält nur 17,000 Fr. jährlich. Durch Sparsamkeit allein kann man also im besten Falle höchstens 50 Millionen vom Ausgabebudget streichen. Als zweites Heilmittel schlägt man eine bessere Methode der Erhebung der Steuern vor. Über eine solche läßt sich leicht im Handumdrehen schaffen und durchführen; man wird dazu einer mehrjährigen angestrengten Arbeit bedürfen. Wenn man in den nächsten Jahren durch derartige Reformen etwa 25 Millionen mehr einbringen kann, so hat man allen Grund, sich Glück zu wünschen. Es bleiben also noch viele Millionen zu decken.

Florenz, 14. April. Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Österreich schreiten in günstiger Weise fort. Der österreichische Gesandte hatte heute eine lange Konferenz mit dem Minister Rattazzi, der die Verhandlungen über den Vertrag persönlich leitet.

### Portugal.

Lissabon, 14. April. Nach den hier eingetroffenen Berichten aus Brasilien würde die Kaiserliche Regierung die Vermittelung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in dem Konflikt mit Paraguay zurückweisen.

### Prußland und Polen.

Warschau, 11. April. Das Königreich Polen hat bis jetzt seine eigene Münze gehabt und das Geld aus deren Präzung führte noch immer den polnischen Adler mitte im russischen Ein demnächst zur Veröffentlichung kommender Utafs hebt diese Münze auf und von nun an soll auch in dieser Beziehung die Einverleibung der polnischen Verwaltung in die russische, immer „zum Wohle der treuen Unterthanen des Königreichs Polen“, zur Ausführung kommen. — In nächster Zeit wird der russische Minister der öffentlichen Aufklärung, Graf Tolstoi, hier eintreffen. Seine Herkunft ist, wie es heißt, dazu bestimmt, die hiesige Hochschule (eine Schöpfung Wielopolski's) in eine slawische Universität umzuwandeln.

**Neue höchst wichtige wissenschaftliche Entdeckung in England.**

Die allgemeinste Befriedigung muß das jüngste Geschenk der Wissenschaft bei ihren Kindern erwecken. Sie ist die gute See, die Bona Dea der Menschheit, die nie ermüdet, ihre Verehrer mit immer neuen und wundervollen Errungenschaften zu belohnen. Was kann beispielsweise anstaunenswürdiger sein, als das, was die Männer vor Kurzem leisteten, die, nachdem sie die alten und neuen Kanäle zu einem Drahte von 5000 engl. Meilen verbunden hatten, mittels eines Fingerhuts, eines Tropfens mit Säure gezwängerten Wassers und zwei winzigen Stückchen Zink und Kupfer die ganze lange Strecke hindurch einen bestimmten elektrischen Strom leiteten, der an Bestimmungsorte fast in demselben Augenblick ankam, als er abgeleitet worden war? Und dann wieder die in einer Soirée der Royal Society zu London ausgestellte elektro-magnetische Vorrichtung, die durch reißend schnelle Bewegung von Rollen Kupferdrahts in Wirklichkeit gesetzt wurde, und nicht nur halbzellige Eisenstäbe wie Stegellack an einem Lichte schmolz, sondern auch eine magnetische Kraft ausübte, im Stande, 25 Lasten Gewicht zu heben!

Solcher Gestalt zeigt sich uns die Wissenschaft in ihrem ganzen Glanze und ihrer vollen magischen Kraft; doch hat sie sich jetzt auch herbeigelaufen, ihre göttliche Hand segnend auf die armen Thiere zu legen, um ihnen so manche grausame Qual zu ersparen, die sie schon zu lange Zeit ertragen mußten. Hart und dunkel genug erscheint uns das Roß dieser Geschöpfe, zumal wenn sie dem Menschen dienstbar sind. So ähnlich und doch auch wieder so unähnlich uns, getrennt von uns durch die unübersteigliche Schranke der

**Schweden und Norwegen.**

Stockholm, 9. April. Der Konstitutions-Ausschuß des schwedischen Reichstages hat sein Gutachten über den privaten Vor- schlag in Betreff Zulassung fremder Glaubensbekennner zu Staatsämtern abgegeben. Der Ausschuß befürwortet, daß fremde, selbst mosaische Glaubensbekennner, Zulass haben sollen zu allen Amtmännern, ausgenommen zu geistlichen und Religionslehrern. Ebenfalls sollen dieselben zum Reichstage wählbar sein.

### Türkei.

Konstantinopel, 6. April. Der russische, österreichische, preußische und italienische Gesandte riehen der Pforte, in Kreta einen Waffenstillstand zu proklamieren und ein Plebisit unter Bevölkerung der auswärtigen Mächte zu veranlassen. Fuad Pascha lehnte dies ab. — Die Pforte richtete eine Note an das griechische Ministerium, verlangend, daß die Ursachen des Konfliktes an der Grenze beseitigt werden. Die türkischen Truppen würden im Nothfalle die Räuber über die Grenze verfolgen. — Nach Volo und Prevesa sind Truppen abgegangen. — Unter den Druzen des Libanon und in Damaskus herrschte Aufregung.

Smyrna, 5. April. Drei Bataillone Redifs wurden aus der hiesigen Provinz zum aktiven Dienste berufen.

### Griechenland.

Athen, 6. April. Im Auftrage der National-Versammlung erließ die provvisorische Regierung in Kreta ein Cirkular, welches den frischen Türken Religions- und Besitzfreiheit, so wie gänzliche Gleichstellung mit den Christen zusichert. — Der Justizminister und der Minister des Auswärtigen sollen aus dem Kabinette scheiden. — Der König begibt sich Ende April zu der Ausstellung nach Paris, dann nach London, Kopenhagen und Petersburg. — Die Anleihe-Verhandlungen in Paris sind gescheitert und wurden in Holland angeknüpft. — Für den Grenzdienst werden vier neue Bataillone organisiert.

### Amerika.

Mexiko. — Nach dem letzten Nachrichten aus Vera Cruz hatten sämtliche französischen Truppen nunmehr das Land verlassen.

### Vom Reichstage.

(33. Sitzung vom 15. April.)

Öffnung 10<sup>1/4</sup> Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Carl von Preußen, Prinz August von Württemberg und Nikolaus von Nassau. An den Ecken der Bundeskommisarien der Präsident derselben Graf Bismarck, Minister v. Roos, v. Friesen, Geb. Rath v. Savigny u. a. Später der Minister Graf zu Eulenburg und Isenpitz.

Der Präsident zeigt den Eintritt des Fürsten Czartoryski in das Haus an. (Die polnischen Abgeordneten befinden sich sämtlich auf ihren Plätzen.) Es macht ferner darauf aufmerksam, daß mit dem Eintritt in die Sitzung alle eingebrachten Amendements von mindestens 30 Mitgliedern unterstützt werden müssen und daß diese Unterstützung im Verlaufe der Spezial-Diskussion für jeden einzelnen Abänderungsantrag nachgeprüft werden wird. Nur der von den Abg. v. Carlowitz und v. Bodum-Dolffs gestellte Antrag auf en bloc-Acceptation des Verfassungs-Entwurfs in der Gestalt, wie er aus der Vorberatung hervorgegangen ist, muß sofort vor Eintritt in die General-Diskussion, deren Gegenstand der Verfassungs-Entwurf in eben jener Gestalt ist, zur Unterstützung gestellt und nach Schluss derselben gefragt werden, ob trügend Demand Einspruch gegen die Diskussion des Antrages erhebt. Zumal verlangt das Wort der

Präsident der Bundeskommisarien Graf Bismarck: Mit dem Abschluß der Vorberatung über den Verfassungs-Entwurf ist an die Vertreter der Regierungen die Notwendigkeit herangetreten, die Entscheidung ihrer hohen Vollmachtgeber über die vom Reichstage beschlossenen Änderungen an demselben beizuführen. Mit aufrichtiger Genugthuung kam ich konstatiren, daß in Bezug der bei Weitem größten Anzahl derselben die verbündeten Regierungen bereit sind, sich die Beschlüsse des hohen Hauses anzueignen, sobald es gelingt, über diejenigen beiden Punkte, in welchen die Regierungen ein Hindernis der Vereinbarung erblicken, eine Vereinigung zu erzielen. Es sind dies die Beschlüsse über die Heereseinrichtung und über die Bewilligung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages. Die Kommisarien der verbündeten Regierungen werden Anlaß nehmen bei Eintritt in die Diskussion über diese Punkte diejenigen Amendements zu bezeichnen, die kein Hindernis für das Zustandekommen des Verfassungswerkes bilden würden. Ich erlaube mir, die übrigen Punkte, in denen Veränderungen beschlossen worden sind, denen wir unsere Zustimmung geben zu können meinen, oberflächlich durchzugehen. Es betrifft dies zunächst sämtliche Zusätze zu Artikel 4., betreffend die veränderte Gesetzgebung sowie das Alina 2. zu Artikel 5., dann der Artikel 11., wo die Genehmigung des Reichstages bei Verträgen mit fremden Staaten als Erforderniß ihrer Gültigkeit erklärt ist; den Zusatz zu Artikel 18., der die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers ausspricht; die beiden Sätze des Artikel 21., die Wahlbarkeit der Beamten und deren Beurlaubung betreffend; den Zusatz zu Artikel 22. hinsichtlich der Strafrechtswahrheit getreuer Berichte über die Sitzungen des Reichstages, den Artikel 23., betreffend die Petitionen, ebenso die Bestimmungen in Artikel 25. und 26. über die Auflösung und Verlängerung des Reichstages; den Zusatz zu Artikel 28.; den Artikel 31., die Beschränkung der Verhaftung von Reichstagsmitgliedern betreffend; den Artikel 45. über das Eisenbahngesetz.

Das Chloroform aus dem Operationszimmer verbannt hat. Dieses Mittel kann aber nur mit der größten Schwierigkeit an Bierfühlern angewendet werden. Auf der andern Seite bietet die Methode Dr. Richardsons nicht die geringste Schwierigkeit; eine jede Person, auch wenn sie von der Sache nichts versteht, kann den Theil, der zeitweilig der Empfindung beraubt werden soll, mit Aether anpricken. Das Thier fühlt nur einen leichten Frostschauer; und das Messer oder Brenneisen kann an der betreffenden Stelle wirken, ohne daß es das frakte Thier fühlt. Die zugeführte Kälte und vielleicht auch noch eine andere noch nicht erkannte Kraft treibt das Blut zurück von der Stelle — das Gefühlsleben ist dort unterbrochen — der zitternde Nerv ist beruhigt — kein Bote des Schmerzes dringt zum Gehirn. Dr. Richardson verrichtet dies alles mit einem wohlfeilen, zu dem Zwecke bereiteten Anästhetikum, von welchem eine Quantität Aether, die zu 20 Dosen hinreicht, 4½ Schilling (1½ Thlr.) kostet, d. h. er kann für ungefähr 2 Sgr. ein armes Geschöpf vom Schmerze befreien.

Damit aber Solche, die diese Methode nicht kennen, nicht etwa glauben, daß wir ihr zuviel des Lobes spenden, höre man, wie sie in jener Versammlung geprüft wurde. Perillus, der für Phalaris von Agrigent einen ehernen Stier, in welchem man Gefangene verbrennen konnte, anfertigte, war selbst der Erste, die Wirksamkeit seiner Erfindung an sich zu empfinden und Ovid meint, ihm sei damit ganz recht geschehen.

Nach demselben Prinzip, aber aus ganz verschiedenen Gründen, machte Dr. Richardson, der Erfinder der Methode durch Anpricken von Aether örtliche Empfindungslosigkeit hervorzurufen, den Thierschutzverein in London in seinem Lokale in Pall Mall, um nachzuweisen, wie bei Operationen an Bierfühlern jedes Schmerzgefühl verhindert werden könnte. Ein gleich kostbares Gut erhielt das Menschengeschlecht durch das die Schreken des chirurgischen Messers verscheuchende Chloroform. Es ist unmöglich, mit Worten die Agonien, die brustbeklemmenden Angst, das Entsetzen und den Kummer des Mitleidenden, und den Tod, der nur zu oft das Ende dieser grausamen Prüfungen war, zu schildern, die alle

sen; den Artikel 53, Marine und Schiffahrt betreffend; ferner im Artikel 59. die Verlegung der siebenjährigen Dienstzeit im stehenden Heere in zwei Abtheilungen; im Artikel 61. die Anzahl eines Bundesmilitärgesetzes; im Artikel 69. die Notwendigkeit eines jährlich zu Stande zu bringenden Budgetgesetzes; im Artikel 72. die Bestimmungen über Bundesanleihen und Garantien; den Artikel 74., betreffend das Bundesgericht zu Lübeck und die neu hinzugekommenen Artikel 76. und 77., sowie den Schlusstag des Artikel 78. Die verbündeten Regierungen haben in den vom hohen Hause votirten Änderungen zum Theil zweifelose Verbesserungen des Entwurfs erkannt, zum Theil kann ich nicht verhehlen, daß ihnen in Betreff mancher Punkte die Vereinbarung schwer geworden ist. Die Regierungen haben sich aber von demselben Geiste der Vermittlung leiten lassen, vor dem ich hoffe, daß er auch die definitive Berathung in diesem Hause leiten wird. (Beifall.)

Die Rednerliste für die Generaldiskussion wird festgestellt: für: (d. h. für den Entwurf, wie er aus der Vorberathung hervorgegangen ist) verlangen das Wort die Abg. Reichenberger, Windhorst, Rohden, v. Carlowitz, v. Henning, Lasker, Dunder (Berlin), Braun (Plauen), Schulze, Wigard.

Abg. Reichenberger: Meine Herren, es ist hier manches schwere Wort gegen die Opposition dieses Hauses gefragt worden, und dennoch stelle ich mich auf diesen Standpunkt der Opposition mit einer Unbefangenheit und inneren Sicherheit, wie ich sie mir nicht bei allen Gelegenheiten bewahren konnte. Denn ich habe absolut kein Verständniß für die Annahme, daß irgend ein Mitglied des Hauses das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes nicht wolle, und in der That besteht auch, nach Allem, was ich darüber gelesen und was ich hier im Hause gehört, durchaus keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß dieser Bund zu Stand kommen muß. Sogar über die Hauptprinzipien, über die Grundlebensbedingungen der zu entwerfenden Verfassung ist man einig. Man ist ziemlich einig zunächst darüber, daß die Kompetenz der Partikularstaaten eine erhebliche Beschränkung erleiden, und sodann, daß das Königl. Haus der Hohenzollern an die Spitze dieses neuen Bundesstaates treten müsse, mit derselben Notwendigkeit, wie früher die Krone, die Sachsen-, die Schwaben-Herzöge an die Spitze des Reiches traten. Die Meinungsverschiedenheit dreht sich lediglich um die Frage, ob auch die berechtigten Forderungen der deutschen Nation in dem Verfassungsentwurf zur Anerkennung gebracht werden sollen. Ich bin nun überzeugt, daß die Bestimmungen des ursprünglichen Verfassungsentwurfs über das Budgetrecht ungerechtfertigt sind, daß das vollständige Schweigen über die Verantwortlichkeit der Regierung nicht annehmbar ist, daß die Verweigerung der Diäten weder dem Interesse der Regierungen noch dem des Landes entspricht. Dem gegenüber halte ich das Festhalten an dem, was in so bestem Maße in der Vorberathung beschlossen ist, für das Allermindste, was wir verlangen können. Die Gefahren freilich des Budgetrechtes habe ich mir verhebelt. Aber auch diejenigen, welche für die Regierungsvorlage gesprochen haben, haben ja das Prinzip als solches anerkannt. Sie sagen aber, man habe nicht vermögen dieses Rechtes jährlich an den fundamentalen Institutionen des Landes rütteln können. Nun könnte ich mich am leichtesten auf den Standpunkt eines Normalbudget stellen, ich habe ähnliche Ansichten schon vor Jahren ausgesprochen, als dies noch von vielen, die jetzt ihren Irthum bekannt, eine Hälfte genannt wurde. Aber dies Normalbudget muß auch wirklich einem dauernden Bedürfnis entsprechen. Der beachtigte Status der Bundesarmee über entspricht dem der preußischen seit 1859, den das Abgeordnetenhaus 6 Jahre hindurch als eine unannehbare Militärlaft bezeichnet hat, die dem Wohlstande des Volkes schwere Wunden schlägt und über seine dauernde Leistungsfähigkeit geht.

Daraus schließe ich, daß auch das, was hier gefordert wird, über das zu läßtige Maß hinausgeht, und schon jetzt die Entlastung möglich ist, welche Se. Maj. der König selbst in der Thronrede in Aussicht gestellt hat. Ich glaube daher, daß der Reichstag seine Pflicht gegen den Bund sowohl wie gegen die Nation vollständig erfüllt, wenn er die auf Grund des Forderbuchs der Abgeordneten gefassten Beschlüsse hierüber aufrecht erhält. Wer da von dem zu großen Einfluß des Reichstages, von der dadurch herbeigeführten Möglichkeit von Konflikten spricht, der darf überhaupt das Wort „Volksrechte“ nicht in den Mund nehmen. Denn existieren solche Rechte einmal den Befugnissen der Regierung gegenüber, so ist natürlich die Möglichkeit von Kollisionen immer da. Und ein Konflikt, wie der preußische, wird ja auch bei Annahme der Regierungsvorlage nicht vermieden werden, seine Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Denn, daß man fünfzig auch einseitig von Seiten der Regierung Erhöhungen des Militärpräsenzstandes gegen die Bestimmung dieser Verfassung vornehmen kann — und das war bestimmt der Anlaß zu seinem Konflikt — diese Möglichkeit wird doch Niemand befürchten. Außerdem ist auch innerhalb dieses Bundesstaates die Gefahr des Budgetrechtes weit geringer als in einem einheitlichen Staatswesen. Denn das Bundespräsidium hat immer zwei Faktoren, die bewegen können, während nur einer da ist, der verweigern kann. Der Haupteinwand aber ist vor dem Herrn Grafen Bismarck gegen das Budgetrecht gemacht, es kommt damit die ganze Existenz des Heeres in Frage gestellt werden. Ich antworte darauf, daß das eben so wahr ist, wie wenn man sagt, daß vom Reichstag durch das Budgetrecht die Existenz jedes anderen Verwaltungszweiges in Frage gestellt werden kann. Das wäre allerdings ein Missbrauch dieses Rechtes. Die Gefahr aber und Wahrscheinlichkeit dieses Missbrauchs ist weit geringer, als die Gefahr des ohne diesen Recht ganz gewiß eintretenden Absolutismus. Für solche Fälle können und werden wir nie Verfassungsabschnitte herstellen können, wo auf einer Seite der Staatsfeind, auf der andern Seite die Revolution zu meßgebenden Normen gemacht werden sollen. Ich übernehme meinerseits mit großem Muthe die Gefahr dieses Budgetrechtes.

Was die Diätenfrage anbelangt, die zu meiner wirklichen Verwunderung einen so starken Widerstand von der Regierung erfährt, so wünsche ich mit dem Dr. Lasker, daß wir bald auf dem Standpunkte anlangten, wo die Diätenlosigkeit nicht mehr ein Beschränkung des passiven Wahlrechtes ist. Bis jetzt auf dem Kontinent immer nur Oberhäupter ohne Diäten für zulässig erachtet worden. Aber wie sieht es in dieser Hinsicht in Preußen? Wie hat sich bis 1854 die damalige erste Kammer bewährt, die auch keine Diäten bezog, dafür auch immer eigentlich lebendig tot war. (Oh! Oh!) Drei bis vier Wahlen blieben gewöhnlich erfolglos, weil sich keine Kandidaten fanden, und schließlich waren es doch nur die Berliner Geheimen Räthe, die an den Sitzungen des Reichstags nahmen. Diese Diätenlosigkeit war auch damals der Hauptgrund, der das Abgeordnetenhaus bestimmt hat, die Bildung des Herrenhauses ausschließlich in die Hände des Königs zu legen (heftiger Widerspruch rechts). Ja,

meine Herren, ich selbst habe damals dies als meinen Grund ausgesprochen. Doch ich will noch auf eine konkretere Thatache hinweisen, auf den jetzigen Bestand des preußischen Herrenhauses. Die Zahl der Mitglieder desselben beträgt 230; es hat sich aber die Unmöglichkeit herausgestellt, die absolute Majorität dieser Zahl zu verfassen. Schon 1855 hat man den betreffenden Artikel der preußischen Verfassung dahin abändern müssen, daß schon die Zahl von 60 Abwesenden zur Beschlusshälfte genügen solle; man hat also weit unter die Hälfte heruntergehen müssen.

Präsident der Bundes-Kommissionen, Graf Bismarck: Ich bin nicht in der Lage, schon körperlich nicht, mich mit den ausgeruhten Kräften des Herrn Vorredners in einen neuen rednerischen Kampf über Dinge einzulassen, über die wir 6 Wochen distanziert haben. Ich knüpfte nur an seine eine Erklärung an, die Minister wären nicht inanovable und an ihren Personen könnten die Sachen nicht scheitern, eine Erklärung, die ich mit vollem Herzen unterschreibe und dem Herrn Vorredner gern bestätige, daß, wenn es ihm gelingt, seine Ansichten hier zur Annahme zu bringen, ich außer Stande sein würde, die Verantwortung für die Durchführung des uns vorliegenden Werkes zu tragen. Ich würde in demselben Augenblide an Se. Majestät den König die Bitte richten, mich in meiner Stellung nicht nur als Bundeskommissar, sondern als preußischer Minister, denn auch diese ist in einer unzertrennlichen Beziehung zu diesem Verfassungsentwurf, zu entheben, um dem Herrn Vorredner die Chance zu geben, an der Spitze der Majorität, mit der er mich geworben haben würde, zu versuchen, ob er eben so gut zu regieren, wie zu reden versteht. (Beifall.)

Abg. Dr. Waldeck: Wir haben uns gefreut, daß manche der Voraussestellungen, die man von dieser Verfassung hatte, sich nicht verwirklicht haben. Es existieren hier keine Partikularisten in der Versammlung, überall ist die preußische Spize betont worden, und gerade diejenigen, die aus dieser Verfassung wirklich was machen wollen, haben gefügt, diese Spize so viel wie möglich zu stärken. Es ist ja bekannt, daß auch ich den Einheitsstaat viel lieber will als den Bundesstaat, und daß ich der Überzeugung bin, daß Preußen diesen Beruf hat, den es freilich nicht erfüllen kann, wenn es denjenigen Grad von Freiheiten, den es jetzt besitzt, vernichtet, um eine bisher noch nicht bekannte Art von Bundesstaat und Absolutismus zu verbinden. Ich erkenne ja gern an, daß die liberale Partei mit redlichem Streben gesucht hat, den Entwurf zu verbessern; allein es ist doch nicht zu leugnen und ist auch von keiner Seite gelehnt worden, von der einen Seite recht froh und heiter, von der anderen Seite, wie namentlich von dem Abg. Lasker mit sehr schwerem Herzen, daß hier ein ganz großes Quantum freiheitlicher, verfassungsmäßiger garantierter Rechte expropriert wird. Und da muß man sich doch nicht ein- oder zweimal, sondern zwanzigmal die Frage vorlegen, wo liegt der zwingende Grund, der mich bewegen könnte, diese Rechte aufzugeben? Ich habe ihn durchaus nicht finden können. Beruft man denn dazu Volksvertretungen, um Bundesakte festzustellen? Ich leugne, daß der 18. August für unser Werk auch nur das Geringste bedeutet, ich behaupte, daß die Einreichung der Kontingenzen in das preußische Heer vollständig feststellt, mögen Sie diese Expropriation von freiheitlichen Rechten vornehmen oder nicht vornehmen. Gegenüber auswärtigen Verwicklungen, gegenüber dieser Luxemburger Frage sind wir vollständig gefügt. Sonderbar ist es doch nebenbei, daß man die Kriegsgefahr vorsichtigt, um den Friedenspräfenzstand festzuhalten. Wo liegt denn aber die Entschuldigung, wenn Sie, trotzdem das alles sicher ist, von Roth und Gefahr sprechen?

Was soll es bedeuten, wenn Sie auch nur auf 4 Jahre diese Wanderung durch die Wälder des Absolutismus beschließen? Dassen kann ich es, wenn man überhaupt das Prinzip leugnet, fassen kann ich es, wenn der Graf Bismarck uns das Militärbudget als etwas, das unabänderlich feststehen muß, darstellt, aber den Mittelpunkt dazwischen, den fasse ich nicht. Und darum kann ich für diesen Mittelpunkt nicht stimmen, weil diese Verfassung das Budgetrecht und das Recht des Volkes zur Theilnahme an der Besetzung des Heerbestandes, welches es bisher ausübt hat, vollständig vernichtet, weil ich nur das Preußen der Intelligenz und das Preußen der Freiheit an der Spize Deutschlands sehen will. Wenn unser Volk wirklich der Freiheit würdig ist, so ist dieses selbe Volk erst recht das Volk, das wehrhaft sein will, erst recht das Volk, das dem Auslande gegenüber sich nichts bieten läßt, erst recht das Volk, das wahrlich nicht darauf ausgeht, wenn es zum Kampf gegen den Feind kommt, das Heer matt zu sezen. (Bravo links.) Wozu diese Tribüne, wenn man ein Volk so gering schätzt, daß man auch nur in einem Punkte den Absolutismus einführen will? Ein anderer Cardinalpunkt, an dem die Verfassung leidet, ist der, daß Sie keine verantwortliche Centralbehörde geschaffen haben. Es wäre so leicht gewesen, eine wirkliche Verfassung zu schaffen, statt daß wir nur einen Wert von beispiellosem Unbrauchbarkeit von uns haben. Wer da glaubt, er habe in Preußen eine Centralgewalt geschaffen, der irrt sich redlich, er irrt sich eben so redlich, wenn er glaubt, auf dieser Basis, wie der Entwurf sie bietet, den Süden heranziehen zu können. In allen seinen Untugenden haben wir den alten deutschen Bund völlig reproduziert, und in der Gewalt dieses neuen Bundes steht es außerdem, auch die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Länder zu löschen. Sie haben einen Staatenbund geschaffen, Sie haben eine absolute Staatsgewalt geschaffen und da ist es ziemlich gleichgültig, ob da noch ein Reichstag dabei ist oder nicht. Tatsächlich das Machwerk ist etwas Bleibendes sei, das denkt Niemand, und darum kann und will ich diesem Werke meine Zustimmung nicht geben. Wir wollen einen Bundesstaat, aber wir wollen ihn nur indem er den preußischen Einheitsstaat nicht beschädigt, indem er die preußische jetzt vorhandene Spize nicht anders stellt als sie ist, nämlich mit einem verantwortlichen Ministerium. Wir werden daher diese Verfassung ablehnen und wir thun das mit dem Bewußtsein, daß dadurch in den bestehenden Verhältnissen nichts geändert oder gefährdet wird. (Lebhafte Bravo links.)

Großherzoglich oldenburgischer Kommissarius, Minister v. Rössing: Bei den Verhandlungen über die Feststellung des Verfassungsentwurfs ist die großherzogliche Regierung allerdings in verschiedenen Punkten anderer Ansicht gewesen, als die übrigen hohen Regierungen, aber sie hat sich der Majorität untergeordnet und sie steht jetzt eben fest und entschieden zu dem Entwurf, wie alle übrigen. Ich möchte also an diejenigen Herren, welche den Regierungen auch in dem, was sie für unbedingt nothwendig halten, entgegentreten, die Mahnung richten, so zu handeln, wie die oldenburgische Regierung und ihre subjektiven Überzeugungen dem allgemeinen Besten unterzuordnen. (Beifall.) Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Vor Gründung der Spezialdiskussion ist zunächst noch Beschuß zu fassen über den folgenden Antrag der Abg. v. Carlowitz und v. Bodum-Dolffs:

„Den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie derselbe aus den bisherigen Beschlusssitzungen des Reichstages hervorgegangen, seinem Inhalte nach ohne weitere Zusätze und Abänderungen anzunehmen.“

Der Präsident Dr. Simon erklärt, daß die Verhandlung über diesen Antrag nur dann zulässig sei, wenn von keiner Seite dagegen Widerspruch erhoben werde. Der Widerspruch wird indessen Seitens der Konservativen wie des Centrums (v. Vincke-Hagen, Wagener) erhoben. Der Antrag ist dadurch bestätigt und wird nunmehr unmittelbar in die Spezialdiskussion eingetreten. Wie schon erwähnt, werden die Beschlüsse der Vorberathung zu Grunde gelegt und wir bemerken nur, daß die Ziffern des ursprünglichen mit denen des amtierenden Entwurfs bis Artikel 11 zusammenhängen und von dort an, da Artikel 12 (Bundeskanzler, der erst in Artikel 16 wieder Aufnahme fand) gestrichen ist, auseinander laufen.

Die Überschrift und Einleitung des Entwurfs werden ohne Debatte angenommen, aber wie alle anderen ferner Abstimmungen unter Vorbehalt der schließlichen Abstimmung über das Ganze. Zu Art. 1 ist der folgende Abänderungsantrag der Abg. Krämer und Ahlmann eingegangen, dem Art. 1 den Satz beizufügen: So weit durch bestehende Verträge eine Veränderung der Grenzen bedingt ist, verpflichten sich die verbündeten Regierungen, das hierzu erforderliche ohne Verzug zu bemühten. — Bei der Unterstützungsfrage erhebt sich Niemand zu Gunsten dieses Antrages. Derselbe ist dadurch bestätigt. Art. 1, 2 und 3 werden ohne Debatte angenommen.

Zu Art. 4 (Kompetenz der Bundesgesetzgebung) sind zwei Abänderungsanträge eingegangen:

1) von Abg. Krämer: „Dem Artikel 4 des Verfassungsentwurfs als Nr. 14 hinzuzufügen: 14) Die Feststellung der Rechte und Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Religionsübung seinen Angehörigen vorbehalten darf.“

2) von Abg. Wachenhausen u. Genossen: „dem Artikel 4 der Beschlüsse des Reichstages als Nr. 16 hinzuzufügen: 16) Die Feststellung der Befugnisse, welche jeder Bundesstaat in Bezug auf Pres-, Vereins- und Versammlungsrecht, so wie in Bezug auf die sonstigen persönlichen und staatsbürglerlichen Rechte seinen Angehörigen mindestens gewähren muß.“

Beide Anträge werden ausreichend unterstützt.

Abg. Krämer: Meine Herren! Ich habe meinen Antrag schon in der Vorberathung und zwar als Unterantrag zu einem Antrag Braun (Wiesbaden) gestellt. Die Motive sind bei dieser Gelegenheit schon dargelegt, ich kann mich also auf die Bemerkung beschränken, daß bei der Vorberathung mein Antrag für sich angenommen und erst mit dem Braunschweigischen zusammen vereinbart wurde. Ich darf mich deshalb wohl der Hoffnung hingeben, daß mein Antrag jetzt, da er wieder allein zur Abstimmung kommt, angenommen werden wird.

Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen; derselbe findet indessen nicht die nötige Unterstützung.

Der Antrag des Abg. Krämer wird abgelehnt. (Dafür u. A. auch Lasker, v. Unruh, v. Bordenbach, Reichenheim und v. Rothschild.) Auch das Ammentum des Abg. Wachenhausen wird abgelehnt.

Artikel 4, 5, 6 und 7 werden ohne weitere Debatte angenommen.

Zu Artikel 8 hat der Abg. Ausfeld und Genossen den Antrag auf Streichung gestellt, desgleichen zu Artikel 9, dessen ersten Satz zu streichen. — Beide Anträge werden abgelehnt, Artikel 8 und 9 unverändert angenommen; auch die Artikel 10 und 11 werden ohne Debatte angenommen.

Die Abg. Ausfeld und Genossen beantragen: „hinter Artikel 11 einen Artikel nachfolgenden Inhalts einzufügen:

Das Bundespräsidium über die vollziehende Gewalt in Bundes-Angelegenheiten nach Maßgabe dieser Verfassung durch verantwortliche Minister aus. Alle Regierungsakte des Bundespräsidiums bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung mindestens eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortung für den betreffenden Alt dem Bundesrathe und dem Reichstage gegenüber übernimmt.“

Abg. v. Vincke-Hagen beantragt, die Unterstützungsfrage zu stellen. Der Antrag wird ausreichend unterstützt (dafür unter Andern auch die Abg. v. Bordenbach, Lasker und Reichenheim) aber ohne Debatte abgelehnt.

Die Art. 12 bis 19 werden angenommen. Ein Antrag des Abg. Ausfeld und Genossen, nach Abschnitt IV, einen besondern Abschnitt unter der Überschrift „Bundes-Ministerium“ einzuhalten, wird zurückgezogen.

Zu Art. 21 liegt das folgende Ammentum des Abg. Grumbrecht vor: „Der Reichstag möge beschließen: 1) zum Artikel 21 der Reichstagsbeschlüsse am Ende des ersten Absatzes hinzuzufügen: und find nicht verpflichtet, die durch die Verfassung ihres Amtes entstehenden Kosten zu tragen.“

2) für den Fall der Ablehnung des Antrags 1 und der Wiederherstellung des Artikels 29 des Entwurfs demselben hinzuzufügen: und aber, falls sie im Dienste eines der Bundesstaaten stehen, nicht verpflichtet, die durch die Vergebung ihres Dienstes während der Sitzungen des Reichstages entstehenden Kosten zu tragen.“

Das Ammentum wird genügend unterstützt.

Abg. Grumbrecht: Meine Herren! Ich wünsche eine Maßregel vermieden zu sehen, die allgemein mißfällig bemerkt wird. Seit einem Menschenalter haben diejenigen, welche der Ansicht sind, daß alle Hoffnung Deutschlands auf Preußen beruht, es beklagt, daß, wenn irgend einmal etwas Einheitliches von der preußischen Regierung gethan war, dann immer etwas Kleinliches hinterher kam, wie eine Maßregelung der Beamten in der Richtung, der mein Antrag für die Zukunft vorbeugen soll. Man glaubt im Uebrigen nicht, daß die Frage der Stellvertretungskosten ganz gleichmäßig behandelt wird, sondern, daß einzelne Beamte schwerer betroffen werden, als andere. Schon deshalb finde ich die Annahme meines Antrags geboten.

Präsident der Bundeskommissionen Graf Bismarck: Meine Herren! Der Artikel 21 gehört zu denjenigen, wo die Feststellung der Einigung der verbündeten Regierungen besonders schwierig gewesen ist. Sie haben geglaubt, mit ihrer Zustimmung zu den in der Vorberathung vorgenommenen Änderungen eine erhebliche Konsequenz zu machen, und wenn dieses Entgegenkommen dadurch verfolgt werden soll, daß derartige Nova, wie das der Antrag des Abg. Grumbrecht bezeichnet, in den Entwurf hineinfortgesetzt werden, dann können es die verbündeten Regierungen nicht übernehmen, eine neue Vereinbarung zu treffen.

Abg. Lasker: Wahrscheinlich wissen die meisten Mitglieder des Hauses,

zu leisten, drei Mal des Jahres geschenktes, sogenanntes Swizgaka-Holz auf den herrschaftlichen Hof anzufahren, in die Küche ihrer Grundherrschaft jährlich 2 Kapouen abzuliefern und für die Bereitung, sein Brot auf Domänenfelde zu holen, jährlich 6 Gulden poln. zu zahlen. Einen gleichen Betrag hätte er für die Benutzung der öffentlichen Wege zu entrichten.

An kirchlichen Abgaben hatten die Gemeinden an die Propstei zu Pleschen jährlich 100 Gulden poln. zu zahlen, wogegen diese von den Hauländern-Grundstücken Bohnen zu fordern nicht berechtigt war.

Als Gegenleistung für diese Verpflichtungen überließ das Dominium den Gemeinden zur Erhaltung eines „Schulmeisters“ ein halbe Hufe Landabgaben frei; einer gleichen Begünstigung hatte sich der Krüger zu erfreuen, doch mußte er dafür alle Getränke vom Hofe entnehmen und für Karton, Licht und andere Bequemlichkeiten der Gäste gewissenhaft sorgen. Damit sich die Hauländer ihren Geschmack nicht verderben möchten, war die Einführung fremden Getränkes verboten und außerdem noch die weise Bestimmung getroffen, daß verfälschtes Getränk konfisziert und der Auschank deselben durch Auferlegung einer Strafe von 20 Thlr. geahndet werden sollte. Eine gleiche Strafe sollte den Krüger und die übrigen Wirths treffen, wenn durch Nachlässigkeit ein Mangel an Getränken eintrat.

In hauptsächlicher Hinsicht verordnete die Grundherrschaft, daß kein Besitzer befragt sei, Holz von seinem Grundstück zu verkaufen, wenn er nicht zuvor sein Wohnhaus, seinen Stall und seine Scheune vollständig aufgebaut habe. Die Wohnhäuser sollten in einer Linie stehen, 22 Ellen lang und 14 Ellen breit sein. Beim Heben der Häuser zur Hülfseleistung verpflichtet. Die Landstraße sollte in gutem Stande erhalten werden und jeder Wirth beim Ausbessern derselben hilfreiche Hand leisten.

Zur Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten sollte die Gemeinde jährlich einen Schulzen und einen Aeltesten wählen und die Gewählten der Grundherrschaft zur Genehmigung in Vorschlag bringen. Dem Schulzen und Aeltesten stand richterliche Gewalt zu. Sie konnten über Gemeindebelägen Geldstrafen, die in die Domänenkasse zu zahlen waren, verhängen. Gegen das schulzenamtliche Strafesolutor war die Appellation beim Hofe gestattet, doch soll selten von diesem Rechte Gebrauch gemacht worden sein.

Großherzoglich oldenburgischer Kommissarius, Minister v. Rössing: Bei den Verhandlungen über die Feststellung des Verfassungsentwurfs ist die großherzogliche Regierung allerdings in verschiedenen Punkten

dass die Frage über die Bewilligung der Diäten in der jetzigen Schlussberathung gefährdet ist und es ist nur ein Zufall, dass der Artikel über die Diäten erst nach dem jetzigen zur Abstimmung kommt. Sollte die Bewilligung der Diäten fallen, so scheint es mir nach reiflicher Erwägung ratsam, dann auch den Artikel über die Zulassung der Beamten — ich spreche für meine Person — zu streichen, weil ich fürchte, dass dann eine Kategorie von Beamten in das Parlament kommen würde, von denen ich nicht blos vom liberalen Standpunkt am wenigsten wünschen würde, dass sie hier zahlreich vertreten seien. Getreu meinem Grundsatz, diesem Haufe nur ganz praktische und annehmbare Anträge entgegenzubringen, habe ich mit hervorragenden Mitgliedern der Rechten Rücksprache genommen und an sie die Versicherung gerichtet, dass nach meiner Meinung die Wahlbarkeit der Beamten leicht durch Majorität auszuschließen wäre, wenn sie bei ihrem früheren Wunsche blieben und für die Streitung dieses Paragraphen und Herstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage stimmen wollten. Es ist mir aber einstimmig die Unterstüzung abgelehnt und von den Herren erklärt worden, dass sie auf den Ausschluss der Beamten nicht eingehen wollten. (Hörth.) Ichtheile dies mit, um festzustellen, dass es, was unzweifelhaft von dem Herrn Präsidenten der Bundeskommissionen guten Glaubens als eine Konfession an die liberale Partei, sogar als eine sehr erhebliche, bezeichnet worden, nicht diesen Charakter trägt, sondern im innigsten der konservativen Partei liegt.

Abg. v. Blankenburg: Ich habe dem Herrn Vorredner gegenüber nur zu bemerken, dass wir jetzt für Artikel 21 aus keinem anderen Grunde stimmen werden, als weil er mit den Bundeskommissionen neu vereinbart worden ist.

Abg. Dr. Wigard beantragt, die Abstimmung über Artikel 21 so lange auszusetzen, bis in Artikel 32 über die Diätenfrage entschieden ist. Das Haus ist aber nicht der Meinung.

Abg. Zwesten: Wie die Abstimmung zu Stande kommt, ist mir einerlei; ob eine Bestimmung der rechten Seite des Hauses oder der andern mehr angemessen erscheint, ist mir gleichgültig. Ich für meine Person würde den Verfassungsentwurf erheblich mehr unannehmbar finden, wenn der Eintritt der Beamten in den Reichstag ausgeschlossen würde, unabhängig von der Frage, ob Diäten bewilligt werden oder nicht, unabhängig von der Frage, wem die Stellvertretungskosten zur Last fallen. Was diesen Antrag betrifft, so meine ich, dass er, als nicht von solcher Erheblichkeit, um über ihn schon jetzt eine Entscheidung treffen zu müssen, künftiger Bestimmung anheimfallen kann. Aber selbst wenn ich diesen Antrag für wichtiger halte, als ich ihn halte, würde ich trotzdem nicht für ihn stimmen, weil ich entschlossen bin, für keine neuen Bestimmungen zu stimmen, welche das Zustandekommen der Verfassung gefährden könnten. (Beifall rechts.) Es ist allerdings nicht zu einem Kompromiss über mehrere zweifelhafte Bestimmungen des Entwurfs zwischen meinen näheren politischen Freunden und den Staatsregierungen gekommen; ich halte mich daher auch nicht für verpflichtet, einzelne dieser Bestimmungen aufzugeben, gegen die ich vielleicht stimmen könnte in Folge eines Kompromisses. Da ein solcher nicht zu Stande gekommen ist und verschiedene Anträge gestellt sind, welche zum Theil meinen Wünschen entsprechen, zum Theil aber auch die Verfassung erheblich verschlechtern würden, so erkläre ich für meine Person, dass ich in den Bestimmungen des aus der Vorberathung hervorgegangenen Entwurfs festhalte, dass ich ihre Bestiftigung für eine Verschlechterung halten werde, dass ich aber trotz des nicht zu Stande gekommenen Kompromisses für keine neuen Bestimmungen stimmen werde, wenn sie auch im Übrigen meinen Wünschen entsprechen.

Abg. Grumbrecht zieht nunmehr seinen Antrag zu Art. 21 zurück und bringt ihn zu Art. 32 ein. — Art. 21, 22 und 23 werden angenommen.

Zu Art. 24 (Dauer der Legislaturperiode) hat Abg. v. Frankenberg-Ludwigsdorf den Antrag gestellt, dieselbe auf 6 Jahre festzusetzen. Der Antrag wird ohne Debatte abgelehnt. Artikel 24 angenommen, desgleichen Artikel 25, 26, 27 und 28.

Nach Artikel 28 hatte der Abg. Haberkorn verschiedene Bestimmungen in Betreff der Änderungen von Gesetzen, der Staatsprüfung u. s. w. einzuschalten beantragt, derselbe zieht indessen seinen Antrag zurück. Art. 29, 30 und 31 werden ohne Debatte angenommen.

Zu Art. 32 liegt das von Art. 21 zurückgezogene Amendement Grumbrecht vor, außerdem ein Antrag des Abg. v. Armin-Heinrichsdorf und Genossen:

Der Reichstag sollte beschließen: 1) den Artikel 32 der Beschlüsse des Reichstages zu streichen; 2) an Stelle dessen den nachfolgenden Artikel zu legen: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Befordnung oder Entschädigung beziehen.“

Auf der Rednerliste stehen für den Entwurf (d. h. für Diäten) die Abggs. Schulze (Berlin), Clissen, Grumbrecht, Lasker; gegen: Abg. Dr. Braun (Plauen), v. Bennigsen, Graf Schwerin, Miquel.

Vizepräsident Herzog v. Ullje ist übernommen der Vorsitz.

Abg. Schulze-Berlin: Mr. H. Die Entziehung der Diäten läuft auf eine Schmälerung des allgemeinen gleichen, direkten Wahlrechts hinaus. Die Absicht, in der dies geschieht, kann keinen Augenblick zweifelhaft sein. Man bewilligt das allgemeine gleiche Wahlrecht und befeitigt den Zweck, den es in's Auge fassen kann. (Zur Rechten:) Meine Herren. Sie geben dem allgemeinen Wahlrecht ein Misstrauensvotum, weil Sie fürchten, dass Ihnen bei weiterer Entwicklung des allgemeinen Wahlrechts ein Misstrauensvotum geben wird. Sie fürchten allerhand Gefahren, Sie wollen nicht das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz und der Selbstderegierung in den Konsequenzen des allgemeinen Wahlrechts anerkennen. Aber je mehr Sie zu künstlichen Maßnahmen Ihre Zuflucht nehmen, desto mehr fordern Sie die Gefahr heraus, denn desto mehr erweden Sie nothwendig in den am meisten interessirten Klassen der Bevölkerung die Meinung, dass es Ihnen nur um eine Scheinkonfession zu thun sei, dass Sie das, was Sie mit der einen Hand geben, mit der andern wieder nehmnen wollen. Meine Herren! Das deutsche Volk verlangt von uns ein deutsches Parlament, aber keine Notabeln-Versammlung, und am wenigsten verlangt es eine solche, weil viele und wichtige Dinge, die in der gegenwärtigen Verfassung nicht festgestellt werden, dem künftigen Parlament vorbehalten bleiben sollen. In der Wahrheit des Volkes, in der Mehrheit derselben, die im Volke überhaupt über politische Dinge denken, erwartet man von einer Versammlung, die selbst aus dem allgemeinen gleichen, unbeschränkten Wahlrecht hervorgegangen ist, gewiss das am Wenigsten, dass sie dieses allgemeine Wahlrecht vernichten hilft. (Widerspruch rechts, lebhaftes Bravo links.)

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Dr. Br. a. u. (Plauen): Ich will nur mein jetziges Votum rechtfertigen, das von dem bei der Vorberathung abgegebenen abweichen wird. Allerdings muss ich wiederholen, dass nach meiner Ansicht die Ablehnung der Diäten ein Schaden für die Verfassung ist, deren Bedeutung schon die nächste Zukunft klar wird, nachdem aber der Präsident des Bundeskommissarien eine Erklärung von solcher Tragweite abgegeben hat, bin ich nach ernstlicher Prüfung mit mir darüber Eins geworden, dass das Zustandekommen der Verfassung an der Diätenfrage nicht scheitern darf.

Abg. Lasker: Auch ich habe mich geprüft, und gefunden, dass die Bewilligung von Diäten mit dem Zustandekommen der Verfassung nicht unvereinbar sein kann. Meine Freunde und ich haben von allen Anträgen Abstand genommen, die das Zustandekommen der Verfassung erschweren können, wir haben bloß gestrebt, den Entwurf nach allen Seiten hin annehmbar zu machen. Aber freilich gehöre ich nicht zu denen, die das allgemeine Wahlrecht bloß dulden und sich freuen, in der Diätenverweigerung gegen den Zweck derselben ein wirksames Mittel gefunden zu haben: ich bin für die Diäten, weil ich das passive Wahlrecht nicht einschränken lassen will und habe auch in der Generaldebatte keinen stichhaltigen Grund gegen dasselbe anführen hören.

Bundeskommisar Minister Graf zu Eulenburg: Je grösseren Werth die Regierung darauf legt, dass ihren Wünschen, wie sie heute von dem Präsidenten der Bundeskommissarien ausgesprochen sind, nachgekommen werde, desto mehr Veranlassung liegt vielleicht auch vor noch klarer, als es in der Vorberathung geschehen sein mag, die von dem Herrn Vorredner vermittelten Gründe auseinanderzusegen, weshalb die Regierung auf diese Bestimmungen einen so besondern Werth legt. zunächst wurde die Diätenfrage auf das Tropf gebracht durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das proklamiert wurde, weil man eben etwas Besseres zu geben vor der Hand nicht wußte. Wahlsysteme einzelner Bundesstaaten auf Preußen und das übrige Gebiet des Bundes zu übertragen, ging nicht an, weil sie für unsere Verhältnisse nicht passen. Ebenso wenig ging es an ein Wahlsystem, welches sich bei uns nicht bewährt hatte, dem übrigen Bundesgebiete ostwärts oder aufzudenken zu wollen. Dass sich das System bei uns nicht bewährt hat, das liegt hauptsächlich darin, dass wir ein indirektes Wahlsystem gehabt haben, dann darin, dass wir die Klassenabteilung aus äusseren praktischen Gründen in einer Art haben vornehmen müssen, welche der Idee des Dreiklassenwahlsystems an sich nicht entspricht. Könnte man die ganze Bevölkerung des Staates in drei gleiche Klassen nach der Gesamtsteuersumme teilen, und könnte man dann die Klasse der Höchstbeteuerter, die der Zweitbeteuerter und der Drittbesteuerte im Großen und Ganzen wählen lassen, so käme man vielleicht zu einer richtigen Vertretung. Die gegenwärtige Zersplitterung in einzelne Wahlbezirke führt zu den Unzuträglichkeiten, die der

Herr Minister-Präsident neulich bezeichnet hat und rechnen Sie dazu das unbedeuerne, zu falschen Resultaten führende, indirekte Wahlsystem, in welchem aus der Wahlurne meist hervorgeht, was die Urwähler nicht einmal wollten, so spricht sich damit die Verurtheilung des Systems im Ganzen aus. Nun aber, meine Herren, wiederholen wir ja, dass wir keineswegs das allgemeine Wahlsystem unter allen Umständen als dasjenige wollen was das beste ist.

Ich glaube, dass die Herren der Fortschrittspartei auch nur mit Widerstreben daran gegangen sind, sich mit dem allgemeinen Wahlsystem einverstanden zu erklären. Die Regierung und die konservative Partei ist sich bewusst gewesen, dass dasselbe nur mit großer Vorsicht angewendet und erprobt werden müsse und zu den Vorsichtsmaßregeln gehört auch die, dass man den Kreis der Wähler durch die natürliche Anforderung beschränkt, dass derjenige, welcher als Deputierter aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht, wenigstens in einer solchen Vermögenslage sich befindet, dass er einige Wochen oder Monate lang dem öffentlichen Interesse in der Residenz dienen könne, ohne aus der Tasche des Staates bezahlt zu werden. Ich glaube, m. H., das allgemeine Wahlrecht funktioniert nur dann richtig, wenn die zahlreichen Hunderte und Tausende von Wählern ihre Stimmen auf diejenigen Leute richten, welche innerhalb ihres Wahlkreises eine gewisse Bedeutung haben, eine Bedeutung, sei es durch große Fabrikantlagen, sei es durch Intelligenz, in jedem Falle aber durch eine Tätigkeit und eine Situation welche sie als bekannte, geachtete Leute im Wahlkreise darstellt. Falsch aber und gefälscht wird das allgemeine Stimmrecht, wenn die Wahl zu leiten gesucht wird auf stiefsame, krankhaft stiefsame Leute, die diese Bedeutung nicht haben. (Heiterkeit links. Bravo! rechts.) Sie aber mit großer Lust ihr vermeintliches Talent geltend zu machen, und in der Aussicht, für die Zeit, die sie hier verwenden, entshädigt, vielleicht auch sogar über Verdienst entshädigt zu werden (Oh! oh! links; Heiterkeit und Beifall rechts), eine Agitation im Lande hervorrufen, welche die natürliche Strömung der Bevölkerung aus dem Geiste treibt (Sehr richtig! r. chs.) und deshalb zu Gegenagitationen führt, Gegenagitationen selbst bis zur Regierung hervorrufen muss.

Wenn Sie sagen, es werde auf diese Weise hin und wieder Intelligenz ausgeschlossen, so gebe ich das zu. Ich kann aber dem allgemeinen Uebelstande gegenüber, den ich angedeutet habe und der immer hervorgehen könnte und hervorgehen wird — ich erinnere an das Jahr 1848, wo es keinen Schneider mehr gab, der nicht glaubte, auf dem Wege der Mitgliedschaft der Nationalversammlung und der Diäten könne er zum Minister avancieren (Heiterkeit rechts) — ich glaube, diesem Uebelstande gegenüber kann der geringere Uebelstand, dass hin und wieder eine Intelligenz ausgeschlossen wird, nicht in die Waghalsia geworfen werden. Es ist besser, dass eine Versammlung, die das Volk repräsentieren soll, wirklich den Stempel trage, dass sie aus Repräsentanten des Volkes zusammengefest ist und nicht aus Leuten, die, um ihren persönlichen Ehreiz und ihrer persönlichen Begabung Lust zu machen, a tout prix im Wege der Agitation in die Versammlung hineinkommen. (Bravo.) Das ist zunächst der Grund, weshalb wir glauben, dass dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber die Versagung der Diäten — nicht ein Korrektiv — so will ich es nicht ausdrücken — sondern eine so natürliche Mag Regel sei, dass alle diejenigen, die noch fest von der Berechtigung und Richtigkeit des allgemeinen Stimmrechts überzeugt sind, eigentlich ohne Weiteres darin einstimmen müssen, wenigstens während der Probezeit, die Gegenbedingung, die an und für sich eine ganz natürliche ist, Platz greifen zu lassen. Aber meine Herren, die Frage geht weiter. Ich glaube, dass die Diätenfrage, gerade wie die deutschen Verhältnisse liegen — und warum sollen wir uns darüber täuschen? — in Wirklichkeit eine Lebensfrage ist, auch selbst für diejenigen Parlamente, die aus andern Wahlen hervorgehen. Ich glaube, dass, wie in der Vorberathung gesagt worden ist, die Wählerrichtung s. B. sich in Preußen gewöhnt hat, ihre Abgeordneten in Kreisen auszuüben, die nicht im Parlament erscheinen können, wenn sie nicht Diäten beziehen.

Ich glaube, der Abg. Zwesten hat ausgeführt, dass man die Gewöhnung der Bevölkerung nicht stören solle; die Bevölkerung sei einmal in diesem Lauf. Das Faktum gebe ich zu, die Berechtigung dazu nicht. Ich glaube, dass diese Gewöhnung eine falsche ist, und dass sie in Abgewandlung umgewandelt werden muss. (Sehr gut! rechts.) Ich erinnere m. H., ganz ohne alle Bitterkeit der Rückblende an das, was in Preußen geschehen ist, an die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses in den Jahren 1862—1865. Wenn man damals auf Befragten Demandant sagte: „Das sind die Abgeordneten des preußischen Volkes“, so könnte er das nun und nimmer mehr glauben. (Widerspruch links) Sie waren es nicht, sie waren Gewählte des preußischen Volkes im Abgeordnetenhaus; aber Abgeordnete des preußischen Volkes waren es nicht (Bestimmung rechts, heftiger Widerspruch links), das Volk repräsentierten sie nicht (Widerspruch links), ganz sicher nicht. Die allerbedeutendsten, die allerwichtigsten Elemente leben in diesem Hause und sie werden kaum eine Intelligenz vermissen, wenn die Diätenfrage anders entschieden wird. Auf der einen Seite also schließt die Entscheidung der Diätenfrage einen Theil derjenigen Leute, an welche sich die Bevölkerung jetzt gewöhnt hat, aus; aber vorauf ich einen noch viel grösseren Werth lege — sie wird mit der Zeit diejenige Klasse der Bevölkerung, welche meiner Ansicht nach recht eigentlich in eine Volksvertretung gehört, daran gewöhnen, sich wählen zu lassen. Die Sache liegt infofern jetzt sehr übel, als die Gewöhnung diese große, berechtigte und meiner Ansicht nach berechtigte Klasse der Bevölkerung zurückzieht, die sich gar nicht auf die Wahlstühlen stellen lässt, die sich nicht hineinwagen will in das Treiben der Wahlen, theils weil sie sagt: „Ich mag mich nicht herumschlagen auf einem Stuhle, was mir nicht kommt!“, theils weil sie sagt, meine Privatverhältnisse gestatten mir nicht, so viel Zeit auf die öffentlichen Verhältnisse zu verwenden. Mr. H. Für Demandant, der sich bewusst ist, dass in ihm die Kraft und Intelligenz liegt, ist es eine Pflicht, sich in die Wahlbewegung hinein zu werfen, in die Volksvertretung zu kommen zu suchen und namentlich diejenigen Kandidaten aus dem Felde zu schlagen, die mit grösserer Tätigkeit ihm den Rang abjutrauen drohen, und dann in der Volksvertretung Prinzipien, Grundsätze proklamieren, die den feindigen Wahlstracks entgegen sind, und die zu Erfolgen führen, die nach seiner Meinung dem Wohl des Vaterlandes nicht entsprechend sind.

Es ist kein Unglück, wenn nach mehreren Wochen des Zusammenseins der Versammlung sich das Gefühl bemächtigt, dass sie den öffentlichen Interessen Rechnung getragen hat, dass sie jetzt nach Hause gehört. Ich glaube aber, es ist ein Unglück, wenn die Mehrzahl der Mitglieder aus Leuten besteht, welche durch kein Privatinteresse nach Hause gerufen werden. Es werden dadurch lange Parlemente herbeigeführt, welche die Kräfte nach allen Seiten erschöpfen und welche, indem sie lange zusammenstehen, dazu treiben, wenn ich so sagen soll, auf eine Bahn zu kommen, welche nicht mehr in lebhaftem Zusammenhange mit der Aufsässig der Bevölkerung steht. Es werden dadurch alle Nachtheile des herbeigeführten, welche über kurz oder lang zu einer wirklichen Aenderung des Systems führen müssen. Es ist unmöglich, dass man 6 oder 7 Monate in öffentlicher Versammlung sitzt und dabei noch Staats- oder Privatgeschäfte bejören will. Ich glaube also, dass dieser leise Druck, welcher darauf liegt, dass man durch nicht-remunerirte Gegenwart in diesem Hause bald nach Hause gerufen wird, sehr naturgemäß ist und eine sehr vernünftige Regelung der Verhältnisse herbeiführt. Dies sind im Allgemeinen die hohen politischen Rückföhren (große Heiterkeit links), welche die Bundeskommissarien bestimmt haben, welche sie einer feststellenden für sich zu machen, welche sie unter keinen Umständen gesponnen sind, aufzugeben.

Abg. v. Bennigsen (gegen Art. 32): Ich will nicht mehr in die sachliche Diskussion eintreten, sondern nur meine heutige Abstimmung, die von der in der Vorberathung abweicht (Ruf links: Aha!) motivieren. Ich bemerke dabei, dass ich die Vorlage der Regierung dem Sinne nach so auffasse, dass das Zahlen von Entschädigungen aus Privatmitteln dadurch nicht ausgeschlossen ist; ich wünsche jedoch hierüber noch eine Erörterung von Seiten der Bundeskommissarien. Was heute mich und eine große Zahl meiner politischen Freunde bewegt, für die Vorlage der Regierung zu stimmen, sind nicht innere Gründe, sondern nur äußere; es ist die Frage des Zustandekommens der Verfassung. Die Diätenbestimmung ist jedenfalls ein sehr bedenkliches Experiment, die Folgen sind unberechenbar. Ich muss es deshalb sehr bedauern, dass die Regierung ein so bedeutendes Gewicht darauf legt. Nach dem, was wir von den Regierungen gehört haben, habe ich mir aber das feste Urtheil gebildet, dass die Regierungen hier nicht nachgeben wollen: es würde also das ganze Verfassungswert schiefen. Es ist nun die Frage, ob wir in der Lage sind, wegen eines einzigen, noch so erheblichen Punktes den wiederholten Verlust der Einigung Deutschlands zu Grunde gehen zu lassen. Ich wenigstens mag nicht die Verantwortlichkeit dafür übernehmen; ich will vielmehr lieber den verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit für die Folgen ihrer Weigerung überlassen, und ich hoffe, dass, wenn es nicht möglich ist, eine gesunde Volksvertretung ohne Diäten herzustellen, die Gesetzgebung später dies ändern wird. (Ruf links: Oh!) Es ist wahr, der Verfassungsentwurf hat grosse Mängel; er ist unvollkommen, aber der Verbesserung und Entwicklung fähig; und ich hoffe, dass der Sinn des Volkes so tüchtig und die Lage Deutschlands bald so günstig sein wird, um nicht nur für die Machtentwicklung, sondern auch für die innere nationale Fortentwicklung sorgen zu können. Gehen wir deshalb zunächst rüfig

ans Werk; auf einzelne Punkte, die uns nicht behagen, können wir jedes Jahr zurückkommen. (Beifall rechts; Beide des Unwillens links.)

Abg. Grumbrecht: (für Art. 32.) Von denselben Standpunkte aus, wie der Vorredner (Aha! links) könnte ich mich entschließen, sowohl gegen den früheren Vorschlag, als gegen die Regierungsvorlage zu stimmen, dann läge die Frage wirklich so, wie sie der Vorredner will, dann wäre die Frage imali. Wenn wir aber die Bestimmung so annehmen, wie es die Regierung möchtet, würden wir damit ein Recht und eine Bestimmung aufgeben, die sehr wesentlich ist. Das sie so wesentlich ist, zeigt der Widerstand der Regierung. Wir können gerade hierin vom Gegner viel lernen.

Abg. Graf Schwerin: Bei der Vorberathung habe ich für Diäten bestimmt, da ich auch heute noch die Ansicht bin, dass die Vorlage der Regierung nicht nur das allgemeine Wahlrecht beschränkt, sondern auch die Gefahr derselben noch erweitert. Es würde deshalb entschieden im Interesse unseres Verfassungswerkes selbst sein, wenn wir den Artikel in der Form, wie er aus der Vorberathung kommt, annähmen. Die Grinde übrigens, die der Minister Graf zu Eulenburg gegen die Diäten angeführt hat, sind derart, dass sie den Entschluss derer, die sich mit schwerem Herzen entschlossen haben, gegen die Diäten zu stimmen, wieder wankend machen und die Gegner der Regierungsvorlage nur davon könnten. (Allgemeiner Ruf: ja! ja!) Ich bin der Meinung, dass die Verabsagung der Diäten ein Akt ist, der das allgemeine Wahlrecht in ungerechtfertigter Weise beschränkt. Denn die Intelligenz und Charakterfestigkeit deckt sich nicht mit dem Gedanken. Die Diätenverweigerung verhindert die Wahl der Männer ihres Vertrauens die Stimme zu geben. Die Folge davon wird finden, dass man in Zeiten der Ruhe und der politischen Aspannung weniger stimmen wird, die ein Mandat zu übernehmen geneigt sind, und dass die, welche sich wählen lassen, oft nicht die Arbeitslust und die Arbeitsfähigkeit besitzen, es erforderlich ist, um die Gelegenheit zu berathen, die gerade in solchen Zeiten vorgelegt werden. Zur Zeit der politischen Erregung aber wieder ist die Diätenfrage ein Stichwort, das leicht zu Aufriegung führen kann. Die Versammlung verhindert dadurch die Stetigkeit, die für eine normale Entwicklung der Staatsverhältnisse durchaus nötig ist. In ruhigen Zeiten werden wir dann eine wesentlich reaktionäre, in aufgeregten eine demokratische Versammlung erhalten. Es wäre deshalb sehr zweckmäßig, wenn die Regierung nicht darauf bestünde, Trocken zu haben, um heute für die Regierungsvorlage (Beide der Nebenrede links), aus den Gründen, die der Abgeordnete Bennigsen angeführt hat. Sie dürfen das Verfassungswert nicht scheitern lassen; ich mag außerdem nicht die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, dass Graf Bismarck gerade im gegenwärtigen Augenblick von den Staatsgeschäften zurücktritt. Ich werde deshalb für die Herstellung der Regierungsvorlage stimmen. (Beifall rechts, Bischof links)

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Grumbrecht verworfen; und Untertrag v. Armin (Heinrichsdorf), (Wiederherstellung der Regierungsvorlage und Untertragung der Annahme von Entschädigungen für die Abgeordneten) in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 90 Stimmen angenommen. Da für stimmen die Abgeordneten Agricola, Alff Becker, v. Armin-Heinrichsdorf, v. Armin-Kröhlendorf, v. Auerswald, Graf v. Bassewitz, Baumhart, v. Beaufeld, v. Below, v. Bennigsen, Bessel, v. Bethmann-Hollweg, Graf v. Bethy-Hue, Graf v. Bismarck-Schönhausen, v. Bismarck-Wriez, v. Blaenburg, Blömer, Graf v. Blumenthal, Bode, v. Bodelsdorf, Böhl v. Bothmer, v. Brauchitsch, Braun (Hersfeld), Braun (Plauen), Braun (Wiesbaden), Graf v. Breidenbach, Br. Cottet, v. Denzin, Devens, Diez, Frhr. v. Dörnberg, Danner (Halle), Graf Dyhr, Graf zu Eulenburg, Ewelt, Prinz Friedrich, v. Eulenburg, Vogel v. Falckenstein, Dr. Falt, Horstel, Kraatz, Graf v. Frankenberger, v. Franken-Ludwigsdorf, Krang (Heiligenstadt), Franz (Bamberg), Frhr. v. Frenz, Dr. Freytag, Dr. Friedenthal, Graf v. Galen, Gebert, Dr. v. Gerner, Dr. Gisler, Götz, Frhr. v. d. Goltz

ter aber eines Anderen besonnen. Das hat aber weder Herr Klemm, noch ein anderer gesagt; es ist nie daran gedacht worden, dem Bank-Institut ein rein deutsches Gepräge zu geben.

Dem Regierungs-Assessor Harrington zu Posen ist die Vertretung des auf sechs Monate beurlaubten Landrats Ernstius zu Bromberg übertragen worden.

[Der Handwerkerverein] setzte gestern seine Diskussion über den Stenzoischen Vortrag fort und debattirte namentlich über die vom Vorsitzenden Herrn Kupke aufgestellten beiden Fragen: 1) durch welche Mittel ist dem Handwerk aufzuhelfen? 2) Was kann der Handwerkerverein dazu beitragen? Zu positiven, vom Vereine acceptirten Vorschlägen ist es in dieser Diskussion noch nicht gekommen und es ist zu erwarten, daß dieselbe in einer der nächsten Versammlungen fortgesetzt werden wird.

Die im letzten preußisch-österreichischen Kriege eroberten, bezüglich auf den Schlachtfeldern aufgefundenen österreichischen Monturstücke wurden bisher ausschließlich an Militärs billig verkauft. Dieser Verkauf soll jetzt auf dem Sternwerte und im rothen Thurm fortgesetzt, es sollen indeß vorzugsweise Kombattanten (auch nicht mehr aktive) zugelassen werden.

In den Kellerräumen des hiesigen Militärzareths befinden sich ebenfalls von hier verstorbenen österreichischen Verwundeten herrührende Monturstücke. Anfänglich beabsichtigte man sie nach Berlin zu senden, jetzt sollen sie aber nach von dort ergangener Anordnung verbrannt werden, weil einige von ihnen Cholerafranken angehörten, andere aber mit Blut besetzt sind.

Der seit länger denn 1/4 Jahr dem 6. Inf.-Regt. zugewandte ehemalige tschechische Hauptmann, Herr Bauer, hielt unlängst bei einem Diner im Offiziersaal des Wildbarts an seine Kameraden eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß er sich in der kurzen Zeit seiner hiesigen Amtstätigkeit in Preußen bestimmt gefunden habe und hoffe, daß dies bei den, den hiesigen Regimentern zugeteilten ehemaligen hannöverschen Offizieren gleichfalls der Fall sein werde.

Seitens der Postverwaltung wird beabsichtigt, hier in Posen eine zweite Postexpedition und zwar auf der Halbdorfstraße einzurichten.

Das Dasein der Osenklappen hat in der vergangenen Nacht hier schon wieder ein Menschenleben gefestigt und ein zweites schwiebt noch in großer Gefahr. In einer Waschküche des Hauses Breslauerstraße Nr. 13, die zu gleicher Zeit als Schlafräume eines kleinen Mädchens dient, waren in letzter Nacht zwei Mädchen mit Wassern der Wäsche beschäftigt. Heute früh mußte der Eingang durch Einsteigen in das Fenster bewerkstelligt werden und fand man beide Mädchen darin leblos vor. Den alsbald herbeigefeuerten Herren Doktoren Nieszczotza und Sesti gelang es die eine ins Leben zurückzurufen, bei der anderen waren alle Versuche erfolglos. Der Augenchein zeigte, daß hier eine unfreiwillige Vergiftung durch Kohlendunst stattgefunden hatte. Das wahrscheinlich unvorsichtige Schließen der Osenohrlappe konnte zwar nicht mehr konstatirt werden, es genügte hier aber schon das enge eisernen Blechrohr, um die Vergiftung bei dem großen Sturmwind, welcher den Raum niederdrückt, möglich zu machen.

Der schon oft in öffentlichen Blättern von den Behörden erfolgte Hinweis auf §. 184 und 198 des Strafgesetzbuches, wonach die Fahrlässigkeit bei dem Tode oder an der Gesundheit eines Menschen mit Gefängnis von 2 bis zu 2 Jahren bestraft wird, genügt immer noch nicht, um die erforderliche Vorsicht bei Anlage der Osenklappen in das Fleisch und Blut der Bevölkerung zu bringen. Am besten, die Osenklappen würden ganz beseitigt.

Es steht jetzt, wie heute von gut unterrichteter Seite versichert wurde, fest, daß der Regierungs-Supernumerar Schüler, der vor mehreren Wochen seine Sielle und die Stadt Posen heimlich verließ, seinen Tod in der Wartze gefunden hat. Seine Leiche ist unweit des Etablissements „Schilling“ aufgefunden worden und hat 7 Tage in einem Gewölbe gelegen. Behufs Bestellung der Identität. Die Leiche ist unweit des „Schilling“ beerdigt worden.

Willard's anatomisches Museum im „Hotel de Saxe“ enthält eine der größten und schönsten Sammlungen künstlerischer Darstellungen aus dem Gebiete der Anatomie, eine Sammlung, in der Mehrzahl ihrer Exemplare aus ganz vorzüglichen Wachsmodellen bestehend, die den menschlichen Körper in allen seinen Theilen, Formen und Erscheinungen getreu wiedergeben. Der uns an der Kasse übergebene ziemlich ausführliche Wegweiser führt uns in die erste Abtheilung des Museums: die Menschenrassen enthalten; die 9 Gemälde dieser Abtheilung alle charakteristisch, sind allein schon eines Besuches wert. Die zweite Abtheilung: das animale Leben, führt uns systematisch durch sämtliche Organe unseres Körpers, und es kann dem denkenden Betrachter nicht schwerfallen, sich diese Organe in ihrer Wechselwirkung vorzustellen, um einen Einblick zu erhalten in den wunderbaren Organismus, der das Leben tritt. Zu dieser Abtheilung zählen außer 5 Darstellungen von Stein-Opern, Darstellungen französischer Magen und anderer innerer Theile, sowie eine Anzahl Hautkrankheiten. Die Erkranktheit wird dem Besucher von ihrem Beginne bis zu der furchtbaren Vollkommenheit gezeigt. Die dritte Abtheilung weilt das Leben im Mutterleibe, die Entwicklung des Embryos bis zur Geburt auf, sowie die vierte Abtheilung die Geburt in ihren verschiedenen Erscheinungen; kunstvolle, plastische, lebensgroße Figuren zieren diese Abtheilung. Die fünfte Abtheilung enthält eine große Anzahl Menschen- und Thier-Serippe, die sechste Abtheilung endlich die Missbildungen und Krankheitserscheinungen, namentlich die Syphilis in ihren Ausartungen und Verheerungen.

Das Museum zählt 283 verschiedene Exemplare und bietet jedem hinreichende Gelehrsamkeit, sich nicht blos über den menschlichen Organismus ausführlich zu belehren, sondern auch seinen ästhetischen Geschmack an den reizenden Wachsmodellen zu befriedigen, andererseits aber bei Anschauung der schrecklichen Krankheiten dem Leichtinn die wirksame Warnung zu geben. Möge Niemand diese günstige Gelegenheit zur Belehrung über sich selbst unbemüht vorüber gehen lassen.

W. Birnbaum, 14. April. [Verein.] In hiesiger Stadt hat sich, dem Beispiel der Hauptstadt unserer Provinz folgend, nunmehr auch ein Verein gebildet, welcher unter dem Namen „Militär-Begräbnis-Verein“ konstituiert ist. Der Zweck desselben ist: Liebe zum Könige und Vaterlande zu unterhalten, einheitliche Gesinnung, gegenseitige Liebe und Achtung, Aufmunterung zu einem ordentlichen Lebenswandel und Zurechtweisung eines Irrenden zu erfreuen, ferner erkannte hilfsbedürftige Mitglieder zu unterstützen und jedem Mitgliede ein ehrenvolles militärisches Begräbnis zu veranstalten.

Mitglieder dieses Vereins können nur Personen werden, welche den Nachweis geführt, ihrer Militärschaft genügt zu haben und deren Ruf ein tadelloses ist. Auf Wunsch können jedoch auch Personen als Ehrenmitglieder in den Verein treten resp. demselben angehören, die zwecks Bildung des Fonds, der lediglich zur Unterstützung erkrankter, hilfsbedürftiger Mitglieder bestimmt ist, der Vereinstasse ein Geschenk zumeisten.

Die Veranstaltung eines entsprechenden Begräbnisses wird der Verein dadurch ermöglichen, daß derselbe einer Sterbefallzeit ansetzt. Die an letztere zu erreichenden Prämien sind durch laufende Beiträge aufzubringen. Die Leistung des Vereins ist bestmöglich geregelt und bliebe nur zu wünschen, daß die gute Absicht, welche ihn ins Leben gerufen, sich auch verwirkliche und insbesondere

die Beisetzung nicht durch Vorurtheile geschmälerzt würde.

W. Krotoschin, 14. April. In der am 10. d. M. stattgefundenen Sitzung der hiesigen Stadtoberordnetenversammlung wurde für die Bertheilung der Freistellen an der höheren Töchterschule die Vertragung beschlossen, bis die wegen der Zahl derselben zwischen den städtischen Behörden zur Zeit noch obwaltende Differenz zum Austrage gebracht sein wird. Demnächst stand die Neuwahl der meisten städtischen Deputationen auf der Tagesordnung. Eine der wichtigsten, weil die Interessen aller Schichten der Bevölkerung berührende Kommission, nämlich die Einschätzungscommission, welche einige Mitglieder durch den Tod verloren hatte, wurde durch die Wahl mit den hiesigen Verhältnissen vertrauter Persönlichkeiten von denen zu erwarten steht, daß sie mit der nötigen Unbefangenheit und Willigkeit ihren Funktionen obliegen werden, sofern sie überhaupt neu gebildet. Wir wollen daher hoffen, daß thörls ergänzt, teils überhaupt neu gebildet. Wir wollen daher hoffen, daß die hiesigen Einschätzungen weniger zu Reklamationen Anlaß geben werden, als bei der letzten der Hall gewesen, bei der man, wie uns scheint, ein nicht gerechtfertigtes Prinzip zu Grunde gelegt hat. Statt nämlich die Beiträge der Grundstücks nach Abrechnung der etwaigen Hypothekenschulden von dem Kammereivertrag derselben zu besteuern, wurde auch bei Erhebung der Kammereibeträge das Grundsteuerfatasther zur Norm genommen und wie bei der Grundsteuer des Grundstücks ohne Rücksicht auf die Hypothekenschulden abgeführt, während die städtischen Abgaben doch nur nach dem reinen Einkommen bemessen werden können. Es führt selbstverständlich dies Verfahren zu Ungleichheiten und Mißgriffen, welche wohl großenteils vermieden werden könnten, wenn die Beschlüsse der Einschätzungscommission einer Begutachtung des Magistrats unterbreitet würden. Betreffend die bevorstehende Wahl eines Bürgermeisters beschloß die Versammlung, die Stelle unter den von der königl. Justiz empfohlenen Bedingungen sofort auszuschreiben und Meldungen bis zum 1. Juli entgegenzunehmen.

Die gegenwärtige Erweiterung unseres Gerichtsgebäudes erinnert an die bisher vergeblichen Bemühungen, eine Theilung des jetzigen Schwurgerichtsbezirks und die Errichtung eines Schwurgerichtshofes in Krotoschin für den Krotoschiner und Pleschner Kreis zu erwirken. Die Last wird für die Geschworenen eine doppelte bei lange andauernden Perioden, die unvermeidlich sind, wenn, wie jetzt vier Kreise zu einem Gerichtshof gehörten. Die Dauer der gegenwärtigen Schwurgerichtszeit in Ostrovo ließt hierfür wiederum einen Belag, da es weder dem Landwirth, in Rücksicht auf die Besetzung der Frühjahrssaat, noch dem Geschäftsmann, in Rücksicht auf die bevorstehenden Osterfeiertage, gleichgültig sein kann, wenn er 18 Tage lang seinem Berufe fast ganz entzogen ist. Schon im Jahre 1850 wurde von den hiesigen städtischen Behörden wegen Errichtung eines Schwurgerichts hier selbst petitiniert. Dies geschah später wiederhol und im Jahre 1861, durch alle Instanzen bis an das Abgeordnetenhaus, im Jahre 1864 wurde abermals ein Gesuch an das königliche Appellationsgericht zu Posen wie an den Herrn Oberpräsidenten v. Horst gerichtet, welcher auch einer Deposition, die im folgenden Jahre in dieser Angelegenheit persönlich bei ihm vorstellig wurde, seine Befürwortung beurteiligt zusagte. Der Einwand, daß der Adelnauer und Schildberger Kreis ein ausreichendes Kontingent von Geschworenen nicht stellen könnte, wurde widerlegt. Da petitionierte der Pleschner Kreis gegen eine Abzweigung vom Ostrovo Schwurgericht, weil Ostrovo Pleschen näher liege, als Krotoschin. Wenn dies für die Stadt Pleschen und einen Theil des Kreises allerdings zugegeben werden muß, so ist doch zu bedenken, daß erstmals der Nachteil der (zumal nicht bedeutend) größeren Entfernung durch die Wahrscheinlichkeit fürziger Sitzungsperioden ausgeglichen wird und daß zweitens zwei Drittheile des Pleschner Kreises, wie Jarocin, Mieszkow, Neustadt a. d. Warthe u. s. w., Krotoschin näher liegen. Gegenwärtig erwachsen dem Staate bei Begegnungsreihungen aus jener Gegend ungleich höhere Kosten, wozu noch in Rechnung kommt, daß auch die Umgegend von Kobylin und Borek einem Schwurgericht in Krotoschin billigere Zeugen stellen würde, als einem Schwurgericht in Ostrovo.

Wir glauben, daß auch die Geschworenen aus dem Schildberger Kreise von einer Theilung des Ostrover Schwurgerichtsbezirks keinen Nachteil hätten, da auch sie in diesem Falle nur halb so lange als früher ihrem Berufe entzogen werden würden; es wäre daher zu wünschen, daß der Schildberger Kreis das Vorhaben der Krotoschiner eine Abzweigung des Krotoschiner und Pleschner Kreises von den Ostrover Schwurgerichtsbezirke zu erreichen seinerseits unterstützte, wie wir andererseits hoffen wollen, daß unsere Behörden doch noch Wege finden mögen, einem seit Jahren geführten Bedürfnisse abzuhelfen.

Wie leichtfertig noch heut zu Tage, Manche Leben und Gefundheit aufs Spiel legend, sich lieber einem Pfuscher und Quacksalber anvertrauen als einem Sachverständigen, davon liefert ein Vorfall den Beweis, der fürglich hier passierte und an den Dr. Eisenbart erinnert, wenn er nur nicht eben gar zu traurig wäre. Eine Wirthschafter aus unserer Gegend wollte sich hier einer kranken Bahn ausreisen lassen, unterließ es jedoch, weil, als die Operation vorgenommen werden sollte, der Schmerz wieder aufhörte. Da sich jedoch daheim die Schmerzen von Neuem einstellten, so begab sie sich nach dem Dorfe Hellefeld und ließ sich von dem dortigen Großschmied den betreffenden Bahn ausreisen. Derselbe sprang ihr die Kinnlade, in Folge welcher Verletzung die Unglücksgefallen starben.

D. Kreis Pleschen, 13. April. [Vermischtes.] Mittelst Verfassung ist den Vorständen der katholischen Elementarschulen in der Provinz bekannt gemacht, daß der Herr Erzbischof von Posen und Gnesen deabsichtigt, regelmäßig wiederkehrende Visitationsen der Kirchen und Pfarreien seines Sprengels theils in eigener Person, theils durch Bevollmächtigte abzuhalten, resp. abhalten zu lassen. Dabei sollen sich, soweit es irgend thunlich und die Entfernung kein Hinderniß ist, sämtliche Kinder, welche die innerhalb der betreffenden Parochie belegenen katholischen Elementarschulen besuchen, mit ihren Lehrern betheiligen und erstere in Gegenwart der Gemeinde, unabhängig von den sonstigen Schulprüfungen und Revisionen, in der Religion durch den Visitator oder durch den Lehrer geprüft werden. Die Schulvorstände sind angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß — sobald Seitens des Pfarrers Tag und Stunde der Visitation zu ihrer Kenntnis gebracht wird, — die Lehrer mit den Schülern, soweit die Entfernung es irgend gestattet, sich rechtzeitig in der Kirche einfinden und der Visitation bewohnen.

Im Herbst des vorigen Jahres brannte in Biegann-Vorwerk die Windmühle ab. In dem kurzen Zeitraum von neun Jahren war das Wohnhaus und zum zweiten Mal die Windmühle abgebrannt. Die allgemeine Stimme bezeichnete den Müller als den Thäter. Die Untersuchung wurde gegen denselben eingeleitet; man suchte nach, und da fanden sich die verdächtigen auf dem Stalle unter dem Stroh vor. Er wurde gefangen eingezogen, eben so auch diesen Donnerstag sein Sohn.

Zwei Bauern wollten das Chauffegeld nicht zahlen; sie widerstehen sich und traktierten den Einnehmer noch mit Stockschlägen. Nun ist der eine zu 14 Tagen, der andere, aus dem Adelnauer Kreise, zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt worden.

Mittwoch des Nachts drangen Diebe in den Schweinstall des Geistlichen zu Szury, Adelnauer Kreise, ein und trieben zwei der größten Säue weg. Die eine haben sie gleich in der Schonung bei Gorzno, unweit der Chaussee geschlachtet.

S. Rawicz, 13. April. [Schützengilde; Prüfungen; Vermischtes.] Die umfangreichste Generalversammlung der Schützengilde hat beschlossen, das ihr gehörige Etablissement durch verschiedene Annehmlichkeiten zu verschönern. Der ebenso geräumige als schöne dazu gehörige Garten wird mit einer Mauer umgeben, durch neue Anlagen geziert und in ihm eine Musikhalle errichtet werden. Zu diesem Zweck sind vorläufig 800 Thaler ausgeworben worden. Indem wir erwarten, daß die aufzuführende Mauer nicht die „murus aheneus esto“, welche gemäß urwäterlichen Statuten den jüdischen Schützenbrüdern den Zutritt verwehrt, wollen wir diesen Punkt befußt Besprechung in einer künftigen Generalversammlung nur kurz andeuten. — Wie überall, so waren auch für unsere Stadt und deren umliegende Ortschaften die letzten Tage reich an Prüfungen, welche den Beweis liefern, daß auch hier die Pflege der Jugend in geistiger Beziehung gewissenhaften Händen anvertraut ist. Zum größten Theile sind die im Kreis abzuhaltenden öffentlichen Examina bereits vorüber, nur die Realsschule ist noch im Rückstand, indem der Altus erst im Anfang der künftigen Woche stattfinden wird. — An Stelle des nach Breslau als Stadtkirchenrat versegelten früheren Kreisrichter Gade ist interimistisch der Gerichtsassessor Salomon aus Fraustadt hierher versetzt worden, während die Stelle des verstorbenen Rathes Schüler-Baudesson dem Kreisrichter Frommholt aus Fraustadt definitiv vom 1. Mai c. ab übertragen worden ist. In der lebendigen Stadt hat sich der gewöhnliche Fall ereignet, daß die ganze Gerichtsdeputation daselbst eine Zeit lang auslauter Auseinandersetzung bestand, so daß der der Anciennität nach älteste unter ihnen Abtheilungsdirigent und Präsident bei den Audienzterminen der Gerichtsabteilung war.

Die Stelle des verstorbenen Stadtraths Vogdt ist noch immer nicht besetzt. In den Stadtvorordneten-Kollegium haben sich nämlich zwei divergirende Ansichten geltend gemacht. Die einen verlangen eine Theilung der Geschäfte in der Weise, daß ein tüchtiger Bureaubeamter die aus dem Amt entspringenden Obliegenheiten übernehmen, die Repräsentation des Amtes dagegen durch einen angesehenen Mann aus der Stadt honoris causa geschehen soll. Die Anderen jedoch verlangen, daß Würde und Würde gepaart und daß deshalb der neu Anzustellende neben Berufstüchtigkeit auch akademische Bildung besitzt. Obgleich die letztere Ansicht nicht durch die Rücksicht auf die Sparsumme unterstützt wird, hat sie doch die größere Aussicht, durchzudringen. Inzwischen sollen noch vor Ausschreibung der Konkurrenz sehr zahlreiche Bewerbungen eingegangen sein.

Gnesen, 14. April. [Gymnasial-Programm; Leichenfeier.] Das jetzt ausgegebene diesjährige Osterprogramm des hiesigen k. Gymnasiums bringt Schulnachrichten und eine wissenschaftliche Beilage: „Zur Einführung in die deutsche Sprachlehre“ beides vom Direktor. Aus den ersten heben wir folgendes hervor. Durch Allerb. Ordre vom 28. Mai vor. S. hat des Königs Majestät geruht, das Gymnasium in Gnesen als Simultani-Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache für den Staat zu übernehmen mit Genehmigung der von der Stadtkommune gemachten Cribeten und Bewilligung eines jährlichen Bedürfniszuschusses aus Staatsfonds. Am 18. Dezember vor. S. ward von den Kommisarien des k. Provinzial-Schulkollegiums, Geheimrat Dr. Mohring und Konistorialrat Rödenbeck, der Vertrag mit der Stadt über von dieser zu übernehmenden Leistungen abgeschlossen; derselbe hat jetzt wie wir hören, die ministerielle Genehmigung erhalten und es ist somit das Gymnasium vollständig in königliches Patronat übergegangen. Es wird in dem Programme den Behörden und Vertretern der hiesigen Stadtgemeinde, welche mit edlem Unverdrossenem, durch viele und große Schwierigkeiten nicht abgelenkt, Eifer nach jahrelangen ernsten Bemühungen das hiesige Gymnasium gegründet, in hochsinniger Weise sein Gedächtnis gefördert und dasselbe mit rei-

cher Ausstattung dem Staate übergeben haben, der innigste Dank ausgesprochen zu werden ihm diese Anstalt sich immer verpflichtet fühlen wird. Die im Herbst v. J. mit hier noch ungewohnter Festigkeit auftretende Cholera raffte den sechsten Lehrer der Anstalt, R. Hennig, und einen Schüler hin, auch beraubte sie viele Schüler ihrer Eltern und Angehörigen. Es mußten ferner die Michaelisferien um acht Tage verlängert werden, weil viele Eltern sich nicht entschließen konnten, ihre Söhne hier zu lassen. — In das Lehrercollegium trat Dr. Baetius, aus Hoch-Weisel in Oberhessen als ordentlicher Lehrer ein, ferner seit Michaelis v. J. Dr. Matern aus Lipsia als Probekandidat. Es besteht sonach das Kollegium aus dem Direktor Dr. Methner, den ordentlichen Lehrern Dr. Sawicki, Dr. Leichmüller, Dr. v. Koslowski, Dr. Müller, Pankow, Dr. Praetorius, den wissenschaftlichen Hilfslehrern Polster und Roeder und dem Kandidaten Dr. Matern, dem Schreib- und Zeichnerlehrer Krzyminski, dem Lehrer der Vorschule Schulz, dem Gesanglehrer Kantor Kopisch. Den evangelischen Religionsunterricht ertheilt der Rektor Blieck, den katholischen der Pfarrer-Probst Ogiński. Auch die jüdischen Schüler hatten Religionsunterricht bei dem Rabbiner Dr. Budermann. Die Schülerzahl betrug im Sommer 331 und 14 in der Vorhalle, im Winter 325 und 20 in der Vorschule. Von den 4 Abiturienten wollen 2 kath. Theologie, 1 Jura, 1 Geschichte und slavische Sprachen studiren. Die öffentliche Prüfung und Schlussfeierlichkeit findet am Dienstag den 16. d. Mts. statt.

Durch wissenschaftliche Vorträge, von den Lehrern im Winter gehalten, und durch ein Konzert ist für den Unterstützungs-fonds für arme Schüler eine Reineinnahme von 104 Thlr. erzielt worden; aus früheren Einnahmen für denselben Fonds sind 116 Thlr. zinstragend angelegt. Die Anstalt schließt jetzt ihren vierten Kursus und hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens von einer „höheren Knabenschule“ zum vollständigen „al. Gymnasium“ entwickelt. Unter den 325 Schülern befinden sich 155 Schüler hiesiger Eltern, also 167 auswärtige. Aus diesen Zahnen ist zu ersehen, welche Vortheile das Bestehe eines Gymnasiums in unserer Stadt dieser bringt, nicht nur, indem es vielen hiesigen Eltern eine bequeme Gelegenheit zur Erziehung ihrer Söhne gewährt, sondern auch durch den Zufluss von Auswärtigen (da auch schon viele Familien um ihrer Kinder willen hierher angezogen sind) materielle Vortheile bringt, welche den auch fernher von der Stadt zu zahlenden Bürgern, als eine sehr produktive Ausgabe erscheinen lassen. — Ein Trauerfall segte durch das Plötzliche und Unerwartete seines Eintretens und vor Allem durch die Persönlichkeit des Betroffenen die ganze Stadt in Bewegung. Gestern ward die Leiche des Majors im 6. pomm. Infanterie-Regt. Nr. 49. v. Salpius in feierlicher Weise mit kriegerischen Ehren zur Beisetzung gebracht. Das Geleit gaben ihr außer dem Militär der Magistrat und die Stadtvorordneten in corpore, die kgl. Behörden und ein langer Zug anderer Einwohner. Der Verstorbene, der im schleswig-holsteinischen Kriege 1864 sich ausgezeichnet und schwer verwundet worden, der auch 1866 sich als tüchtiger und tapferer Kämpfer bewährt, ein Mann von hervorragenden Talente und allseitiger feiner und tiefschöner Bildung, von großer männlicher Schönheit der äußeren Erscheinung, haftete bei seinen Untergenossen unbestreitbare Achtung und Liebe, bei seinen Kameraden die höchste Achtung sich erworben, ebenso im Verhältnis mit den Einwohnern hiesiger Stadt durch die edle Freundschaft seines Wesens, durch die hohe Bildung seines Geistes und herzens allgemeine Anerkennung und Verehrung gefunden. Um so schmerzlicher verlor er sein rasches Scheiden in der Vollkraft seines Alters. Die von dem Superintendenten Jaenike am Grabe gesprochene Rede gab diesen Gefühlen entsprechenden Ausdruck.

### Literarisches.

Geschichte des preußischen Staats bis zum Regierungseintritt Friedrich's des Großen von Dr. Felix Eberth, Prof. in Breslau. Verlag von Ed. Trenoldt 1867.

sich außerdem mit der Hoffnung, daß zu dieser harmlosen Belebung des Pan-slawismus auch eine besondere Delegation slawischer Brüder nach Moskau kommen werde, der man großartige Ovationen darzubringen gedenkt.

**Freiheit des Körpers von Krankheit, wo nicht, Befreiung davon durch die bewährten Mittel, welche auch der Arzt empfiehlt, denn ärztliche Empfehlungen sind maßgebend.**

Krankheit ist, außer den dabei empfundenen Schmerzgefühlen, die schlimmste Feindin unserer körperlichen und in weiterer Folge der geistigen Freiheit. Ist sie immerlich und von längerer Dauer, so ist die Anwendung erprobter Heilmittel unentbehrlich, von denen sich am meisten das Hoff'sche **Malzextrakt-Gesundheitsbier** und die Hoff'sche **Malzgesundheits-Chokolade**, die letztere in Tafel- und Pulverform, nach Angabe vieler Ärzte bewährt haben. In der Hoff'schen **Malzgesundheitschokolade** ist der Malzstoff mit dem Cacao so verbunden, daß dieselbe mit doppelter Kraft auf den krankhaften Organismus wirken muß, und dabei die feinsten ausländischen Chocoladenarten an Wohlgeschmack übertrifft; in Folge dessen wird sie nach Frankreich, Spanien, England und Italien massenhaft exportirt. Daß sie vielen den verbotenen Kaffee ersetzt, ist bekannt. Die schleimlösenden **Brustmalz-Bonbons** sind in der heutigen Zeit, wo Halsaffektion, Husten, Schnupfen, Heiserkeit fast keinen unverschont lassen, wahre Helfer. Alle diese Hoff'schen Malzfabrikate werden daher in ungewöhnlichem Umfange begehrte. Von den vielen eingegangenen Dank- und Anerkennungsschreiben bringen wir hier einige der jüngeren zur Kenntnis des Publikums. — Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstraße 1.

Görlitz, 1. Februar 1867. Es steht fest: Ihre so wohlthätigen Malzstoffe haben auf mein zerrüttetes Nervensystem ungemein beruhigend und lindernd gewirkt, meine ganz erschlafften Verdauungsorgane wieder an Ethisigkeit gewöhnt, meinen krankhaften Appetit befriedigt und geregt und meinen gesunkenen Lebensmut gehoben. Um nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, (folgt fortgesetzte Bestellung.) Entel.

Eilenburg, 2. Februar 1867. Gleichzeitig ersuchen wir Sie aufs Neue um gefällige Auslieferung von Ihrem trefflichen Malzextrakt und Ihrer Malzgesundheitschokolade.

Nabedig & Co.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen werden wir noch einmal, und zwar im Dienstgelaende des königlichen Steueramts zu Stettin am 29. April d. J.

Nachmittags 2 Uhr die Chausseegeld-Erhebung der Gebestelle zu Nowosolnau und Silesia, zwischen Posen und Stettin, an den Meistblieben mit Vorbehalt höheren Buschlages vom 1. Juni d. J. ab zur Pacht ausstellen. Nur dispositionsfähige Personen, welche nach mindestens 150 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei dem Steueramt zu Stettin zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen sind bei uns im Registraturzimmer und bei dem Steueramt zu Stettin von heute ab während der Dienststunden einzusehen.

Posen, den 5. April 1867.

Königliches Haupt-Steuer-Amt.

Bu dem Konkurse über das Vermögen des Kürschnermeisters Anton Krenzel zu Posen hat der Kaufmann A. Thiede zu Berlin nachträglich eine Forderung von 37 Thlr. 9 Sgr. 3 Pf. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist

auf den 25. April d. J.

Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Kommissar im Zer-

### Proclama.

Der Kaufmann B. Baruch zu Schwerenz hat bei dem unterzeichneten Gericht das Aufgebot nachstehender, vom Wawrzyna Kliminski ausgestellter, angeblich verlorener eigner Wechsel:

- 1) de dato Swarzedz den 15. April 1866 über 20 Thlr. per 15. August ej. a. auf Julius Katz von demselben in blanco girt;
- 2) de d. o. Schwerenz den 6. Juli 1866 über 18 Thlr. per 24. August ej. a. auf B. Baruch;
- 3) de dato Schwerenz den 6. Juli 1866 über 33 Thlr. per 24. August ej. a. auf B. Baruch;
- 4) de dato Schwerenz den 27. März 1866 über 5 Thlr. 10 Sgr. per 28. September ej. a. auf B. Baruch.

beamtigt. Die unbekannten Inhaber derselben werden aufgefordert, die Wechsel spätestens

bis zum 1. Mai d. J.

dem unterzeichneten Gericht einzureichen, widerrufenfalls die Wechsel für kraftlos erklärt werden.

Schroda, den 15. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

### I. Abtheilung.

### Bekanntmachung.

Das 3. Posensche Infanterie-Regiment Nr. 58. will die Slogau und Braustadt eine bedeutende Anzahl ausrangierter Helmützen, Waffenröcke, Halsbinden, Drillichäden, Tuchhosen, weiß- und grauleinene Hosen, Mäntel, Tuchhandschuhe und Brotbeutel durch Submission meistbietend verkaufen und nimmt portofreie Preise, offeriert, auf jedes Stück ab loco berechnet, bis zum 25. d. Mts. entgegen.

### Bekanntmachung.

Das Sommer-Semester beginnt am hiesigen Progymnasium Donnerstag den 25. April. Den Tag zuvor findet die Aufnahme neuer Schüler statt.

Bei Aufnahme in die Segta sind auch im lateinischen Vorkenntnisse erforderlich.

Schneidemühl, den 8. April 1867.

Hanow, Progymnasialrektor.

Die Pachtbedingungen sind in dem genannten Bureau einzusehen.

Vossberg, 30. Januar 1867. G. W. ersucht ergebenst, mir für beifolgenden Betrag eine Quantität Ihrer heilkraftigen Brustmalzbonbons für meine brustleidende Frau baldigst übersenden zu wollen.

Amtmann C. Bündiger, Rhinow, 22. Februar 1867. G. W. bitte ich um Übersendung von Malzchokoladenpulver für kleine schwache Kinder, welches wir versuchsweise bei einem sehr schwächlichen zweijährigen Kinde unter Leitung eines Arztes anwenden wollen. (Bestellung.) Buchholz, Prediger.

Eines der vielen belobigenden ärztlichen Urtheile lassen wir folglich hier folgen: Bei entnervten Personen hat Ihr Malzextrakt fast Wunder ge- than, Ihre Malzgesundheitschokolade und Ihr Chokoladenpulver als höchst stärkendes Heiluahrungsmittel bei Brust- und Halskrankheiten gewirkt; auch Ihr Brustmalz-Zucker und Ihre Brustmalzbonbons haben sich sehr heilsam erwiesen.

Dr. Weinschenk, Oberarzt des Königlichen Invalidenhauses zu Stolp.

### Bor Fälschung wird gewarnt!

Bon den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabricaten: **Malz-Extrakt-Gesundheitsbier**, **Malz-Gesundheits-Chokolade**, **Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver**, **Brustmalz-Zucker**, **Brustmalz-Bonbons**, **Bademalz** etc. halten stets Lager in Posen die Herren **Gebr. Plessner**, Markt 91., General-Niederlage, und **Herrmann Dietz**, Wilhelmstraße 26.; in Wongrowitz Herr **Th. Wohlgemuth**, in Neutomysl Herr **Ernst Tepper**.

### Angelommene Fremde

vom 16. April.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Bujewski aus Siedlitz, v. Kociorowski nebst Frau aus Jasen, v. Mielecki aus Niżawa, v. Bienkowski aus Smusiewo und v. Malzewski aus Dobiszewo, die Kaufleute Jahns aus Biegnoz und Meyer aus Schwindein, Privater v. Kierski aus Thorn.

**BERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Gutsbesitzer Säuberdorf aus Trzebislawki, v. Kameczynski aus Konin und Wolniewicz aus Komory, Rittergutsbesitzer Wirth aus Lopienno, Partikuliäre Fräulein Opiz aus Ruszlowo, Kaufmann Korff aus Hanau, Baumeister Bühlemann aus Hamburg, Administrator Heddemann aus Magdeburg, Kammerfänger Grätz aus Leipzig, Dr. phil. Josephy aus Berlin.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Rittergutsbesitzer Graf v. Potowrowski aus Leutsch-Presse, die Kaufleute Rosenzweig aus Słupce und Herfort aus Stettin, Dr. med. Jacobius aus Berlin, Hotelier Hoche aus Koblenz, Weinhandler Straßer aus Mainz.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN.** Die Kaufleute Hänslein aus Berlin, Joly aus Breslau und v. Santen aus Paris, Domänenpächter Tappenberg aus Charlottenhof, die Landräthe Nollau aus Gnesen und Freymark aus Wirsig.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Seidel aus Prag, Robert aus Hannover, Stahl aus Hamburg, Henning und Gutsbesitzer Ewert aus Berlin, Dr. med. Schäfer aus Rogaten, Drogoz aus Breslau, Intendantur-Assessor Gerhardt aus Berlin.

**SCHWARZER ADLER.** Gutsbesitzer Schwandt aus Karczewo, Rittergutsbesitzer Luther aus Lopuchowo, Gastwirth Golisz aus Liaga, Landwirth Piakowski aus Wojnowice, Schreiber Berkowitsch aus Bremica, Ober-Amtmann Burchardi aus Węglewo.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer v. Rogalski aus Cerejewica, v. Malzewski aus Kruchow, v. Stoch aus Sarbia, Guishard aus Gulczewo und Haase aus Niedzwiedy, die Landwirth Kahn aus Gorzyce und Dreger aus Königsberg, Rentiere Schmilinsta nebst Tochter aus Charlottenburg, Stabsrat Schönleben aus Burzen, Lehrer Silberstein aus Santomysl, die Gutsbesitzer Hildebrandt aus Trzebilino und Seidel aus Baranow, Käffner Schüler nebst Frau aus Ottow-Gnesen, Szulcynski aus Kurzagora.

**BAZAR.** Die Gutsbesitzer Turno aus Obiezierze, Biesierski aus Berniki, Balcerzowski aus Lubin, Gajewski aus Wollstein, Bociszewski aus Przecław, Potocki und Partikuliär Dombrowski aus Bendlewo, Doktor Skarbinski aus Berlin.

**HOTEL DE PARIS.** Die Rittergutsbesitzer v. Jasinski nebst Familie aus Witkowice und Cegielki aus Bodzanow, Professor Laskowski aus Deutsch-Crone, Bevollmächtigter Wegner aus Miloslaw, Agronom v. Kuronowski aus Witkowice, Gutsbesitzer v. Stanowski aus Kijewo, die Wirtschaftsbeamten Dzikowski aus Murzynowa und Kurowski aus Stanislawow, Rechtsanwalt v. Wierzbowski aus Schroda.

**KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Turno aus Obiezierze, Biesierski aus Berniki, Balcerzowski aus Lubin, Gajewski aus Wollstein, Bociszewski aus Przecław, Potocki und Partikuliär Dombrowski aus Bendlewo, Doktor Skarbinski aus Berlin.

**Vorzügliches Purgmittel für Silber.** Flasche mit Gebrauchs-Anweisung 5 Sgr., desgleichen für Alsfonide, Neusilber und Messing, à Flasche 5 Sgr. **Eliener's Apothek.**

**Jean Vouris' Cigaretten und türkische Tabacke.** General-Depot für die Provinz Posen bei **M. Heymann** in Posen, Friedrichsstr. 33a. Wiederverkäufern Eng gros-Fabrik-Preise. Preis-Kourant gratis franko.

**Bor Fälschung wird gewarnt!** Die Stadt hat eine stehende Infanterie-Garnison, liegt 5 Meilen von Posen, 2 Meilen von dem Warthefluß entfernt, hat nach allen Richtungen Chauffeuren, ist von großer königl. Forten und zum Theil von einem reizenden See umschlossen, der sich in die Warte ergiebt, und sind dort  $\frac{1}{2}$  der Einwohner deutscher Nationalität, auch wird im Laufe der nächsten Zeit vis-à-vis diesem Grundstück das Gymnasium neu erbaut werden.

Sobotta, Kr. Pleschen, den 14. April 1867. **Schmidt.** Königlicher Distrikts-Kommissarius.

**Die Fischerei auf dem Dom. Rythin, 700 Morgen See — ist vom 25. April d. J. ab anderweitig zu verpachten.** Schottz.

**Auf Gegenseitigkeit gegründet im Jahre 1830.** Auf Gegenrechnung geschäftiges Geschäftsergebnis Ende December 1866: 2,386,000 Thlr.

**Geschäftsergebnisse vom 1. Januar bis 31. März 1867.** Eingegangen: 769 Anträge zur Versicherung von . . . . . 825,600 Thlr. Davon angenommen: 632 Versicherungen mit . . . . . 681,700 " Abgegangen durch Tod: 44 Personen mit . . . . . 44,200 " Abgegangen aus andern Ursachen: 66 Personen vers. mit . . . . . 65,700 " Neuer Zuwachs seit 1. Januar d. J.: 522 Pers. vers. mit . . . . . 571,800 " Versicherungsbestand Ende März 1867: 10,256 Pers. vers. mit 11,518,200 "

**Dividende im Jahre 1867: 32 %.** Die General-Agentur für die Provinz Posen.

### S. A. Krueger.

**Neuer amerikanischer Pferdezahn-Mais.** Meine Zufuhren in diesem Artikel habe ich per Dampfer „Allemannia“ herbekommen und empfehle ich davon unter Garantie für Frische und Keimfähigkeit von meinem hiesigen Lager und ab Hamburg zu angemessenen Preisen.

**Cannabis discolor.** Blattpflanze zu Gruppen im Freien, à Schot 15—20 Thlr. 1 Thlt.

**Malvenfamilie,** von schottischen Prachtorten in den verschiedensten Farben, à Schot 2 Thlr.,  $\frac{1}{2}$  Schot 1 Thlr.

**Perennirende Phlox** (Flammenblume), für Rabatten und Gruppen in diversen Farben, à Schot 4 Thlr.,  $\frac{1}{4}$  Schot 1 Thlr.

**Delphinium formosum**, ausdauernder Ritterporn, prächtig aublau, ausgezeichnet für Gruppen und Rabatten, à Schot 4 Thlr.,  $\frac{1}{4}$  Schot 1 Thlr.

**Hedera quinquefolia** (Ampelopsis hederacea) wilder Wein, zur schnellen Bekleidung von Mauern, Bäumen u. s. w., à Schot 4, 5, 6 Thlr., je nach der Stärke, weniger in gleichem Verhältnis,

**S. Calvary.** offerirt die Gartenverwaltung in Rogalin bei Kurnik.

**Butter, Butter, Butter.** echt Bayrische Schmelzbuttermasse, sehr volutsche Backbutter, offerirt zu den billigsten Preisen.

**Krug & Fabricius.** Scheffel gesunde rothe Karotten, toffeln zur Brennerei, ebenso seine weiße Kartoffeln offerirt.

**Góralowo bei Schwerenz.** Süß-ungarische Pfannen, Mandeln, sehr schöne Rosinen und Korinthen, auch edle feinste Provence-Oel empfiehlt.

**Jacob Appel.** Breitestraße 12. Die erste Niederlage des Liqueurs „Dauzig“ und des Dauzigischen Brust-Gelées befindet sich jetzt Wronkerstr. Nr. 20.



## Schwedische Jagdstiefel-Schmiere

von A. H. Saeger & Comp. in Berlin  
vorm. Stettin.

Durch diese Lederschmiere wird nicht nur sämmtliches Schuhwerk, sondern auch Niemenzeug, Reithosenleder, Pferdegeschirre, Wagenschrüzen, Verdecke, Maschinen-Treibriemen u. dgl. m. konserviert und geschmeidig gehalten, sie schützt das Leder vor Bruch und macht es vollkommen wasserfest, ohne die Transpiration der Füße zu beeinträchtigen.

Obige Lederschmiere empfiehlt in Originalbüchsen nebst Gebrauchs-Anweisung à 2, 5, 7½ und 14 Sgr.

**Adolph Asch,** Schloßstr. 5.

## Die Messer-Fabrik und das Lager feiner Stahlwaren

von **C. Preiss**, Breslauerstraße 2,

empfiehlt: Tranchir-, Tisch-, Dessert-, Küchen-, Taschen-, Gartens-, Feder- und Kastermesser, Streichmessen, Scheren, Korkzieher, chirurgische, thierärztliche und Schafzähner-Instrumente, so wie alle in dieses Fach gehörigen Artikel zu möglichst billigen Preisen.

**Ziegel-Torf-Press-Maschinen,**  
neuer und bewährter Konstruktion, für Hand-, Pferde- und Dampfbetrieb empfiehlt die von **Schlüter & Maybaum**,

Berlin, Ritterstraße 11.

## Deutsche Industrie im Auslande.

In den meisten französischen Blättern lesen wir, daß das in Deutschland längst rühmlich bekannte Specificum der Apotheker der 1. Klasse, Herrn Bergmann u. Co., Boulevard Marigny Nr. 70., die Bahnwolle, welche jeden Bahnfahrer stiftet, ohne den traurten Bahn zu berühren, vom dortigen Publikum die lobenswerthe Anerkennung gefunden hat.

Wir freuen uns um so mehr über diesen Beweis des kosmopolitischen Fortschrittes, als durch die Patentierung der *Bahnwolle*\*) (laine dentifrice brevetée s. g. d. g.) die Konsumanten vor Nachahmung bewahrt werden und dieser Stempel der Echtheit ein wirklicher Weg ist, dieses Heilmittel über die ganze civilisirte Welt zu verbreiten. Man sollte es nicht glauben, daß dieser Tourist in den Alpen, der Entdeckungsfreudige in den Cordillieren, selbst der Soldat im Felde in fast jeder Apotheke der Welt dieses winzige Päckchen der kostlichen Wolle, die dem Städtchen Rodolz in Sachsen ihren Ursprung verdankt, für eine kleine Silbermünze kaufen kann, und können wir nur dem fühlenden Endester unsrem wahren Chirurgen Herrn Bergmann aus Rochlitz durften: Avanti! avanti! dem Muthigen gehört die Welt.

\*) Depot bei **V. Giernat** in Posen, Preis 2½ Sgr.

Um mit dem von meinem Vorgänger übernommenen Weinlager zu räumen, offeriere ich sämmtliche Weine zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**Mosel-Weine** . . . . . von 7 Sgr. pr. fl. ab,

**Rhein-Weine** . . . . = 8 = = = =

**Bordeaux-Weine** . . . = 10 = = = =

## Herrmann Matschke

(Carl Schippmanns Nachf.).

תְּהֵנָּה יְ

Zu den Festtagen empfiehlt sämmtliche Kolonialwaren zur gültigen Beachtung.

**F. Fromm**,

Sapientplatz 7.

Fr. Dechte und Jander erhalten Mittwoch und Donnerstag Abend billigst. Kleitschoff.

**Frische Sardellen-Leberwurst, Kalbsleberwurst, alle Sorten frisch geräucherte und ungeräucherte Bratwurst, jeden Tag frische Saucischen, Wienerwürstchen, auch werden Bestellungen auf Bratwürste angenommen bei**

**A. Rauscher jun.**, große Ritterstraße Nr. 12.

Fr. Räucher-Wachs, neue Citronen und hohe Süße Apfelsinen billigst b. Kleitschoff.

Preuß. Lotterie-Losse verl. u. vers. **Sutor**, König Wilhelm-Loose, 2. Serie, Landsbergerstraße 47., Berlin.

Lotterielosse 1/1, 1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32 verl. b. L. G. Ganski, Berlin, Sammonijsbr. 2.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

## Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 16. April 1867. (Marcuse & Maas.)

	Not. v. 15	Not. v. 15
Weizen, fest.	91 1/2	91 1/2
Frühjahr	89 1/2	89 1/2
Mai-Juni	88 1/2	88 1/2
Juni-Juli	88 1/2	88 1/2
Roggen, höher.	58 1/2	57 1/2
Frühjahr	57 1/2	57 1/2
Mai-Juni	57 1/2	57 1/2
Juni-Juli	57 1/2	57 1/2

Not. v. 15

Nübel, höher.

April-Mai	11 1/2	11
Septbr.-Oktbr.	11 1/2	11 1/2
Spiritus, unverändert.		
Frühjahr	16 2/3	16 2/3
Mai-Juni	16 2/3	16 2/3
Juni-Juli	17	17

Not. v. 15

## Börse zu Posen

am 16. April 1867.

**Gouds.** Posener 4% neue Pfandbriefe 86 1/2 Rd., do. Rentenbriefe 87 1/2 Rd., do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 5% Odra-Meliorations-Obligationen —, do. 4 1/2% Kreis-Obligationen —, polnische Banknoten 79 1/2 Rd.

**Noggen** [p. Scheffel = 2000 Psd.] pr. Frühjahr 58 1/2, April 58 1/2, Mai 56 1/2, Juni 56, Juli 56, August 54 1/2.

**Spiritus** [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Baf) gekündigt 9000 Ort., pr. April 16 1/2, Mai 16 1/2, Juni 16 1/2, Juli 16 1/2, August 17, September 17 1/2.

**Spiritus** höher, pr. April 16 1/2, — 1/2 Rd. u. Br., Mai 16 1/2 Rd. u. Br., Juni 16 1/2 Rd. u. Br., Juli 16 1/2 Rd. u. Br., August 17 Br. u. Br., Septbr. 17 1/2 Br.

**Produkten-Börse.**  
Berlin, 15. April. Wind: West. Barometer: 27°. Thermometer: Früh 4°+. Witterung: Stürmisch bei heftigem Regen.  
Eine Aufregung, wie sie zu den Seitenlinien gehört, hat im Verkehr mit Roggen heute hier geherrscht. Die Witterung beunruhigt die Gemüther in so hohem Grade, daß Verkäufer ansänglich gänzlich fehlten, und ein Sprung

Der Inhalt der Annonce: „Hütet Euch vor der Elster“ in der gestr. Nr. dies. Ztg. neigt sich so sehr dem Gebiete der königl. Staatsanwaltschaft zu, daß die letztere die gerichtliche Verfolgung dieser Angelegenheit bereits übernommen hat.

## Zur gefälligen Beachtung.

Alle von den hiesigen Apotheken-Besitzern im Gesamtinteresse ihres Faches vorzunehmenden Handlungen sind stets das Produkt einer gemeinschaftlichen Beschlusssatzung und werden immer unter Mitwirkung und Beihilfung aller zur Ausführung gebracht, weshalb der Versuch einer Versäumung des einzelnen immer mißlingen wird.

## 5 Thaler Belohnung.

Auf dem Wege von der Friedrichstraße nach der Mühlstraße ist eine silberne Anterfuß mit goldenem Ketten verloren. Dem ehrlichen Finder der obige Belohnung Mühlstr. 9a. 3 Dr. rechts.

**Ein brauner Hühnerhund** ist mir entlaufen. Kosten und Kinderlohn werden dem Wiederbringer erstattet.

Dom. Bankowice.

## Neue billige Ausgabe von Heinrich's Werken

in 18 Bänden à 3 Lieferungen, zu 5 Sgr. jede Lieferung.

Die erste Lieferung ist soeben eingetroffen und nimmt Abonnements entgegen die Buchhandlung von

**Joseph Jolowicz,**  
Markt 74.

## Von der neuen billigen Ausgabe von Heinrich Heine's sämmtlichen Werken

in Lieferungen à 5 Sgr., traf sie eben die erste Lieferung ein bei

**Louis Türk,**  
Wilhelmsplatz 4.

## Kein Porto – Keine Spesen. Bei groß. Ordres Rabatt!

Bur prompten Beförderung von Insraten in alle existirenden Zeitungen, Kreisblätter, Zeitschriften empfiehlt sich die Zeitungs-Annoncen-Expedition

von **Rudolf Mosse**, Berlin, Friedrichstraße Nr. 60. Kompletter Insertions-Tarif pro 1867 gratis.

## Inserate in sämmtliche existirende Zeitungen werden zu Originalpreisen prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen Rabatt. Annoncebureau von Eugen Fort in Leipzig

M. 17. A. 7. M. C. u. B.

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Wasserstraße Nr. 22/23. wohne, und empfehle mich gleichzeitig zur Annahme von

**כש Abonnenten auf Mittagstisch.**

Anmeldungen bitte ich rechtzeitig an mich ergehen zu lassen.

**Philip Kutz, Markter.**

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Wasserstraße Nr. 22/23. wohne, und empfehle mich gleichzeitig zur Annahme von כש Abonnenten auf Mittagstisch.

Anmeldungen bitte ich rechtzeitig an mich ergehen zu lassen.

**Philip Kutz, Markter.**

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Wasserstraße Nr. 22/23. wohne, und empfehle mich gleichzeitig zur Annahme von כש Abonnenten auf Mittagstisch.

Anmeldungen bitte ich rechtzeitig an mich ergehen zu lassen.

**Philip Kutz, Markter.**

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Wasserstraße Nr. 22/23. wohne, und empfehle mich gleichzeitig zur Annahme von כש Abonnenten auf Mittagstisch.

Anmeldungen bitte ich rechtzeitig an mich ergehen zu lassen.

**Philip Kutz, Markter.**

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Wasserstraße Nr. 22/23. wohne, und empfehle mich gleichzeitig zur Annahme von כש Abonnenten auf Mittagstisch.

Anmeldungen bitte ich rechtzeitig an mich ergehen zu lassen.

**Philip Kutz, Markter.**

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Wasserstraße Nr. 22/23. wohne, und empfehle mich gleichzeitig zur Annahme von כש Abonnenten auf Mittagstisch.

Anmeldungen bitte ich rechtzeitig an mich ergehen zu lassen.

**Philip Kutz, Markter.**

